









Nur ein Kollateralschaden?

Die Finanzkrise und die Entwicklungsländer

Christoph Ernst Peter Wahl

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung World Economy, Ecology & Development

Impressum

Nur ein Kollateralschaden?

Die Finanzkrise und die Entwicklungsländer

Autor:

Christoph Ernst Peter Wahl

Titelfotos:

xiaming, André Gunthert, Chris Nevis, lapidim, marcokalmann, David Jones (alle www.flickr.com)

Herausgeber:

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung - WEED e.V. Eldenaer Str. 60 D-10247 Berlin

Tel.: +49 - (0)30 - 2758 - 2163 Fax: +49 - (0)30 - 2759 - 6928 weed@weed-online.org www.weed-online.org **Layout:** WARENFORM kommunizieren & gestalten

Druck: Pegasus Druck und Verlag,

Druckerei Bunterhund

Schutzgebühr: EUR 2,00 (Mitglieder: EUR 1,50)

ISBN: 978-3-937383-66-8

Berlin, April 2010

Alle Rechte vorbehalten

Diese Broschüre wurde mit Mitteln der Europäischen

Union und der Ford Foundation gefördert.

Die Inhalte liegen in der alleinigen Verantwortung von WEED und können in keiner Weise der Europäischen Union und der Ford Foundation zugerechnet werden.

Inhalt

1. Einleitung	5
1.1. Finanzkapitalismus – ein neues System zu wirtschaften	6
1.2. Unverschuldet zwischen die Mühlsteine geraten –	
der Süden und die Krise	7
1.3. Die Krise ist nicht vorbei	9
1.4. Mehr als eine Finanzkrise	10
2. Der Crash und der Süden	11
2.1. Ansteckungswege	11
2.2. Zahlungsbilanzdefizite und Überschuldung –	
die makroökonomischen Auswirkungen der Krise	
auf Schwellen- und Entwicklungsländer	22
2.3. Die sozialen Folgen der Krise: Steigende Armut,	
Arbeitslosigkeit und Prekarisierung	24
3. Fallbeispiele	27
3.1. Kenia	27
3.2. Brasilien	29
3.3. Nigeria	31
3.4. Indien	32
3.5. Südafrika	34
3.6. China	35
4. Die systemischen Ursachen der Krise	37
4.1. Finanzialisierung – eine neue	
Variante der kapitalistischen Entwicklung	38
4.2. Wohin der Finanzmarktkapitalismus führt	43
4.3. Die Rolle der globalen Ungleichgewichte	44
5. Alternativen – das Kasino schließen oder sicherer machen?	46
5.1. Das Kasino schließen – den Finanzsektor	
schrumpfen und deglobalisieren	47
5.2. Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte	49
5.3. Umverteilen	49
5.4. Öffentliches Gut Finanzmarktstabilität	51
5.5. Eine Periode der Transformation	51
Literatur	53

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNE	Bruttonationaleinkommen
DAC	OECD Development Assistance Committee (OECD-Ausschuss für Entwicklungshilfe)
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO)
FDI	Foreign Direct Investments (Ausländische Direktinvestitionen)
FED	Federal Reserve System (US-Notenbank)
FTT	Financial Transaction Tax (Finanztransaktionssteuer)
G 20	Group of Twenty (Gruppe der 20)
GATS	General Agreement on Trade in Services (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen)
HIPC	Highly Indebted Poor Countries (Hochverschuldete arme Länder)
HNWI	High Net Worth Individuals (Individuen mit hohem Nettowert)
ILO	International Labour Organisation (Internationale Arbeitsorganisation)
IWF	Internationaler Währungsfonds
KVK	Kapitalverkehrskontrollen
MDGs	Millennium Development Goals (UN-Millenniumsziele)
ODA	Official Development Assistance (Staatliche Entwicklungshilfe)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung)
UNO	United Nations Organisation (Vereinte Nationen)
USD	US-Dollar
WTO	World Trade Organisation (Welthandelsorganisation)

"Nichts außer der Schließung des großen Kasinos wird eine dauerhafte Lösung bringen." UNCTAD 2009a: 60

1. Einleitung

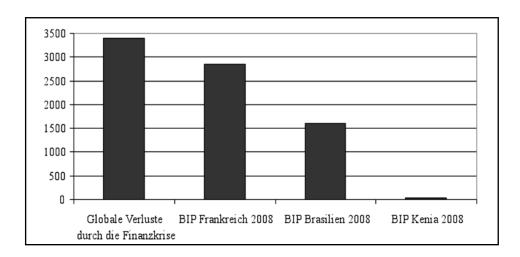
Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die seit 2008 die Weltwirtschaft erschüttert, ist die schwerste ihrer Art seit der Weltwirtschaftskrise 1929. Sie ist von ihrer historischen Tragweite nur mit den anderen großen Umbrüchen der letzten zwei Jahrzehnte, dem Fall der Berliner Mauer und den Terroranschlägen am 11. September 2001, zu vergleichen. Anders als die Finanzkrisen, die seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts in Schwellenländern ausgebrochen waren - Mexiko, Asien, Brasilien, Russland, Argentinien - nahm sie ihren Ausgang im Zentrum des globalen Finanzsystems, den USA, um von dort zunächst auf die anderen Industrieländer und schließlich den ganzen Globus überzugreifen. Kein Land blieb unberührt, obwohl das Ausmaß der Betroffenheit jeweils sehr unterschiedlich ausfiel. Insofern handelt es sich bei dieser Krise auch deshalb um ein historisches Novum, weil tatsächlich zum ersten Mal die ganze Welt gleichzeitig erfasst wurde.

Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) sind durch die Krise auf den Finanzmärkten weltweit Verluste in Höhe von etwa 3,4 Billionen Dollar entstanden. Das ist mehr als das BIP Frankreichs und das Doppelte des BIP Brasiliens (siehe Grafik 1).

Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) sind durch die Krise auf den Finanzmärkten weltweit Verluste in Höhe von etwa 3,4 Billionen Dollar entstanden.

Grafik 1: Verluste jenseits aller Vorstellungskraft

Krisenbedingte Verluste von Banken und anderen Finanzakteuren im Vergleich zum BIP ausgewählter Länder (in Mrd. USD)



Quellen: IWF 2009b: 5, Weltbank 2010b

Die Ursachen der sich häufenden Finanzkrisen in den Schwellenländern in den neunziger Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurden vom Mainstream der Politiker, Ökonomen und Journalisten damals deren wenig entwickelten Finanzmärkten, schwacher Auf-

sicht und Korruption, dem *crony capitalism*, zugeschrieben. Das internationale System und allen voran seine Zentren an der Wall Street, der Londoner City und den anderen großen Finanzplätzen wurden für stabil und effizient gehalten. Noch nach dem G8-Gipfel



Immobilienwerbung in Santa Maria, Kalifornien im Juli 2008 (Photo: thetruthabout, www.flickr.com)

Das ursprüngliche Verhältnis – der Finanzsektor als Dienstleister der Realwirtschaft – hat sich umgekehrt. von Heiligendamm, als sich bereits die ersten Anzeichen der *Subprime-Krise* in den USA zeigten, hatte der Chef der Deutschen Bank, Ackermann, verkündet: "*Dadurch, dass die Risiken breiter*

im Finanzsystem gestreut werden und sich nicht mehr ausschließlich bei den Banken ballen, steigt die Risikoabsorptionsfähigkeit des Systems insgesamt" (Ackermann 2007).

Selbst nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers am 15. September 2008 hatten führende Finanzpolitiker nicht begriffen, dass diese Finanzkrise mehr war als eine Unterbrechung im angeblich unaufhaltsamen Aufstieg eines Wirtschaftsmodells, in dem die Finanzmärkte als Zentrum und Motor unerschöpflicher Wohlstandsmehrung erschienen. So hatte Peer Steinbrück, damals deutscher Finanzminister, am 25. September 2008 im Bundestag erklärt, die Finanzkrise sei "vor allem ein amerikanisches Problem." Das deutsche Finanzsystem sei "relativ robust" und es gebe keinen Grund, Schreckensbilder an die Wand zu malen: "Diese verbreiteten Sado-Maso-Tendenzen sind mir ein absolutes Rätsel" (Spiegel Online 2008).

1.1. Finanzkapitalismus – ein neues System zu wirtschaften

Der Crash hat sich inzwischen als der Kollaps eines Systems erwiesen, das mit dem Ende der festen Wechselkurse 1973 und der darauf folgenden Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte sich herauszubilden begonnen hatte, und das in den neunziger Jahren und dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts durch zahlreiche sogenannte Innovationen eine enorme Dynamik entfaltete. Die Wurzeln des Problems liegen also über drei Jahrzehnte zurück. Der neo-liberale Mainstream nennt die Entwicklung seit den siebziger Jahren Finanzialisierung. Andere, wie z.B. die UNCTAD, sprechen in Keynesianischer Tradition vom großen Kasino (UNCTAD 2009a: 60), andere wiederum vom vermögens- und reichtumszentrierten Kapitalismus oder von Finanzmarktkapitalismus oder Finanzkapitalismus (Bischoff 2009).

Wie immer man das neue System bezeichnet, es besteht weitgehend Konsens darüber, dass in den letzten 30 Jahren eine neue Art zu Wirtschaften entstanden ist, deren Basis die Finanzmärkte

sind. Während bis dahin der Finanzsektor eine der Realwirtschaft nach- und untergeordnete Rolle hatte, nämlich den Zahlungsverkehr zu gewährleisten sowie Kredite für Unternehmen, Haushalte und die öffentliche Hand bereitzustellen, dominiert die Finanzindustrie heute die Volkswirtschaften der Industrieländer. Die Realwirtschaft, Produktion, Handel und nicht-finanzmarktbezogene Dienstleistungen also, werden jetzt vom Finanzsektor dominiert. Das ursprüngliche Verhältnis - der Finanzsektor als Dienstleister der Realwirtschaft - hat sich umgekehrt. Mehr noch: die Logik der Finanzmärkte, deren zentrale Ratio die maximale Effizienz und der unter allen Umständen und zu jedem Zeitpunkt maximale Profit sind, wird über zahlreiche Transmissionsriemen immer stärker auf den Realsektor übertragen (s. ausführlicher Kapitel 2.1).

Entstanden ist etwas, das Bundespräsident Köhler in einer zutreffenden Metapher als *Monster* bezeichnet hat. Ein Ungeheuer, das noch im Sturz – oder gerade im Sturz – gewaltigen Schaden anrichtet.

Die Einsicht, dass wir es mit einem neuen System von Kapitalismus zu haben, hat sich inzwischen selbst bei einigen Repräsentanten der Funktionseliten durchgesetzt. So sagte der französische Präsident in seiner Rede beim Weltwirtschaftsforum 2010 in Davos: "Ich will sehr klar sagen, dass die Globalisierung der Ersparnisse eine Welt hervorgebracht hat, in der dem Finanzkapital alles und nichts der Arbeit gegeben wurde, wo der Unternehmer nach dem Spekulanten kam, wo der Rentier Vorrang vor den Beschäftigten, wo die Hebelwirkung – alle Welt führte nur diesen Begriff, Hebelwirkung' im Mund – unvernünftige Dimensionen erreichte. All das hat einen Kapitalismus hervorgebracht, in dem es normal war, mit Geld zu spielen, vorzugsweise mit dem anderer Leute, leicht und extrem schnell zu gewinnen, ohne sich anstrengen zu müssen und oft ohne dass mit den riesigen Mengen Geld Wohlstand und Arbeitsplätze geschaffen worden wären" (Sarkozy 2010).

Es ist dieses neue System, das jetzt kollabiert ist, und die Ursachen sind syste-

mischer Natur. Das heißt, es wäre verkürzt, den Zusammenbruch monokausal, auf einen einzelnen Faktor wie das billige Geld, das die Federal Reserve Bank seit 2001 in die Märkte pumpte, die hochriskanten Kreditversicherungen (Credit Default Swaps) oder die globalen Ungleichgewichte zu reduzieren. Sicher spielen all diese Faktoren eine Rolle, aber es ist letztlich die instabile Gesamtarchitektur des Finanzsystems, die zu seinem Zusammenbruch führen musste. Wäre nicht die Subprime-Krise in den USA der Auslöser gewesen, wäre es früher oder später an einer andere Stelle gewesen, wo der Crash ausgelöst worden wäre. Der in den letzten 30 Jahren entstandene Finanzmarktkapitalismus ist mit seinem Vertrauen darauf, dass der Markt ohne politische Regulierung zu einer selbsttragenden, nachhaltigen Entwicklung fähig wäre, auf Sand gebaut. Unter Stabilitätsgesichtspunkten gleicht er einem Kartenhaus. Egal, an welcher Stelle man daran rührt, es muss irgendwann kollabieren.

Es ist letztlich die instabile Gesamtarchitektur des Finanzsystems, die zu seinem Zusammenbruch führen musste.

1.2. Unverschuldet zwischen die Mühlsteine geraten – der Süden und die Krise

Die Entwicklungs- und Schwellenländer haben sich am System des Finanzkapitalismus nicht beteiligt. Zwar hatten die Oberklassen individuell natürlich die Möglichkeiten genutzt, sich mit dem neuen System zusätzlich zu bereichern, aber die Volkswirtschaften der armen Länder sind weder ausreichend in das globale Finanzsystem integriert noch verfügen sie über die Kompetenz, im großen Kasino mitzuspielen. Für Großspekulanten im Norden sind sie uninteressant.

Mit der Schuldenkrise, die 1984 mit der Zahlungsunfähigkeit Brasiliens und Mexikos losgebrochen war, war der Süden bereits einmal Opfer der Liberalisierung und Deregulierung auf den Finanzmärkten geworden. Die Gruppe der etwa 40 hoch verschuldeten armen Länder (engl.: Highly Indebted Poor

Countries - HIPCs) laboriert bis heute, also mehr als ein Vierteljahrhundert danach, noch immer daran. Hier wird deutlich, dass die Folgen einer Finanzkrise für die Dauer einer ganzen Generation zur Belastung werden können. Auch die Schwellenländer haben sich kaum an dem System beteiligt, waren allerdings infolge der Globalisierung, d.h. soweit ihre Finanzmärkte liberalisiert und dereguliert waren, Zielscheibe von spekulativen Geschäftsmodellen aus dem Norden, z.B. bei Carry Trade (s. ausführlich dazu Kapitel 2.1.1, Box 1). China, der größte Spieler unter den Schwellenländern, hatte ohnehin die Liberalisierung seiner Finanzmärkte nicht mitgemacht. Auch Indien behielt noch immer relativ viele Restriktion bei und andere hatten nach den Erfahrungen mit der Asienkrise das Niveau der Öffnung sogar wieder etwas zurückgedreht und, wie z.B. Malaysia, Kapitalverkehrskontrollen eingeführt.

Vor diesem Hintergrund war bis zum Lehmann-Bankrott bis in die Reihen Es ist unter Bedingungen der Globalisierung heute nicht mehr möglich, eine Krise in einer Region gleichsam unter Quarantäne zu stellen und die übrige Welt davor abzuschirmen.

¹ So gab es z.B. bei HNWIs (High Net Worth Individuals = Personen mit einem liquiden Vermögen, d.h. ohne Immobilien, Luxusgüter etc., von einer Million US-Dollar aufwärts) ausgerechnet in Subsahara-Afrika in den letzten Jahren im globalen Vergleich die höchste Zuwachsrate (Merrill Lynch/Capgemini 2009).

von heterodoxen Ökonomen die These von der Abkopplung der Schwellenund Entwicklungsländer im Schwange.



Caribbean Air Mail Auszahlung in Haiti (Photo: carribeanfreephotos, www.flickr.com)

Das schon zu bescheidene Ziel der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), die Armut bis 2015 – das ist in nur fünf Jahren – zu halbieren, ist in unerreichbare Ferne gerückt. So schrieb z.B. der ehemalige Chefökonom der UNCTAD, Akyüz, noch im Frühjahr 2008: "Zum ersten Mal in der modernen Geschichte scheinen Hoffnungen auf die Entwicklungsländer gerichtet, Stabilität und Wachstum in der Weltwirtschaft aufrechtzuerhalten" (Akyüz 2008). Die z.T. enormen Wachstumsraten seit 2003 in Afrika, Asien und Lateinamerika, die in erster Linie auf einem Exportboom bei Rohstoffen beruhten, schienen unabhängig vom Geschehen auf den Finanzmärkten zu sein. Diese Annahme musste sich angesichts der vielfältigen und engen Verflechtungen in der globalisierten Wirtschaft jedoch als Illusion erweisen. Es ist unter Bedingungen der Globalisierung heute nicht mehr möglich, eine Krise in einer Region gleichsam unter Quarantäne zu stellen und die übrige Welt davor abzuschirmen.

Der Hauptansteckungsweg, über den die Schwellen- und Entwicklungsländer erfasst wurden, war die Realwirtschaft und hier in erster Linie der Handel. Das krisenbedingte Absinken der Nachfrage in den Industrieländern setzte dem Exportboom ein Ende. Dann kamen der Einbruch der Kapitalflüsse und der Rückgang der Direktinvestitionen dazu. Von Abkopplung kann also keine Rede sein. Der Süden muss die Suppe, die andere eingebrockt haben, mitauslöffeln. Am härtesten trifft es dabei jene, die ohnehin schon benachteiligt sind: die Armen und sozial Schwachen. Das schon zu bescheidene Ziel der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), die Armut bis 2015 - das ist in nur fünf Jahren zu halbieren, ist in unerreichbare Ferne gerückt.

Die Krise trifft vor allem die ärmeren Entwicklungsländer in einer Situation, in der mit dem Rohstoffboom der letzten Jahre Hoffnungen entstanden waren, dass nach mehreren verlorenen Jahrzehnten endlich nennenswerte Entwicklungserfolge entstehen und Elend und Armut zurückgedrängt würden. Selbst für die extreme Problemregion Subsahara-Afrika schienen mit Wachstumsraten von fünf bis sechs Prozent Aussichten auf eine Verbesserung zu bestehen. Diese Hoffnungen sind nun zunichte gemacht worden (ausführlich dazu Kapitel 2.3).

1.3. Die Krise ist nicht vorbei

9

Die Geschichte der Krise ist auch eine Geschichte von Fehlprognosen über ihr Ende. Nicht nur, dass der Mainstream den Crash nicht vorhergesehen und ihn dann anfangs völlig unterschätzt oder aus strategischem Interesse schöngeredet hatte - schon wenige Wochen nach der Lehmann-Pleite wurde wieder Optimismus verbreitet. Die überlebenden Großspekulanten wie Goldman Sachs oder die Deutsche Bank machten zum Teil horrende Gewinne und konnten hohe Boni an ihre Manager auszahlen. Nachdem aber das Golfemirat Dubai im November 2009 zahlungsunfähig wurde und im Februar 2010 mit Griechenland ein Land der Eurozone bedrohlich nah an den Bankrott geriet, setzt sich zunehmend die Einsicht durch, dass die Krise tiefer und langwieriger wird, als viele dachten. Das war übrigens bei der Weltwirtschaftskrise ähnlich. Nach dem Schwarzen Freitag

1929 schien es zunächst wieder aufwärts zu gehen, bis sich 1933 die Lage wieder verschlechterte. In den USA konnte die Krise erst 1939, also nach einem Jahrzehnt, als überwunden gelten.

Für die gegenwärtige Krise sieht die Weltbank inzwischen ebenfalls, dass es wohl bis zu einem Jahrzehnt dauern könnte, bis die Folgen überwunden sind (Weltbank 2010a: 5). Ein verlorenes Jahrzehnt also.

Denn selbst die unmittelbaren Gefahren für den Finanzsektor sind noch immer nicht gebannt. Noch finden sich toxische Derivate in der Höhe dreistelliger Milliardenbeträge in den Büchern, während die Spekulation schon wieder Blasen treibt wie jüngst mit Kreditversicherungen (*Credit Default Swaps*), die zur Spekulation gegen Griechenland eingesetzt wurden und dessen Finanzierungsprobleme verschärften.

Nachdem die Finanzindustrie jahrelang märchenhafte Profite gemacht hatte, droht jetzt eine Sozialisierung der Verluste.

Grafik 2: Schuldenexplosion als Folge der Krise im Norden

Entwicklung der Staatsverschuldung in ausgewählten Ländern (in Prozent des Bruttosozialproduktes)

	2007	2009	2010*	2014*	
USA	42,3 58,1		66,8	84,9	
BRD	56,9	70,3	76,2	81,6	
Frankreich	eich 54,1 67		72,9	82,4	
UK	38,3	62,1	75,1	91,8	
Japan	80,4	104,6	115	143,5	

^{*} Prognosen

Quelle: IWF World Economic Outlook Oct. 2009

Auch die Insolvenzen von Banken gehen weiter, vor allem in den USA. Nachdem 2009 die Aufsichtsbehörden 140 Institute schließen mussten, wurden in den ersten zwei Monaten 2010 weitere 26 Banken dichtgemacht (FTD 2010b). Auf einige Jahre hinaus werden die Krisenfolgen auch in der Realwirtschaft zu spüren sein. Anstieg der Arbeitslosigkeit, zusätzliche Belastungen der sozialen Sicherungssysteme und schwaches Wachstum sind absehbar. Vor allem aber wird die hohe Staatsverschuldung

(siehe Grafik 2), die in vielen Ländern durch die Bankenrettung und die Konjunkturprogramme entstanden ist, zu einem lang anhaltenden Problem werden, wenn nicht innovative Lösungen zur Anwendung kommen, wie z.B. eine Finanztransaktionssteuer (s. Kapitel 5.1, Box 3). Nachdem die Finanzindustrie jahrelang märchenhafte Profite gemacht hatte, droht jetzt eine Sozialisierung der Verluste, wenn der Finanzsektor nicht energisch zur Finanzierung der Krisenlasten herangezogen wird.

1.4. Mehr als eine Finanzkrise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise kommt zu einem Zeitpunkt, da die Welt eigentlich andere Sorgen hat. Die



Le Monde im Oktober 2008 (Photo: André Gunthert, www.flickr.com)

Konnte man sich früher beim Scheitern von gesellschaftlichem Wandel damit trösten, dass die Enkel es besser ausfechten würden, so ist dies heute in Bezug auf die physikalischen und chemischen Prozesse in der Biosphäre nicht mehr möglich. Zuspitzung der Klimakrise und die absehbare Erschöpfung wichtiger Ressourcen erfordern enorme politische und ökonomische Anstrengungen, um größere Katastrophen abzuwenden. Vor allem der Höhepunkt der Erdölförderung (Peak Oil), die die energetische Basis der Weltwirtschaft ist, steht kurz bevor (Altvater 2005). Der Umbau der Weltwirtschaft hin zu einer CO₂-freien Ökonomie steht deshalb auf der Tagesordnung. Dabei hat der Zeitfaktor eine neue Qualität gewonnen. Konnte man sich früher beim Scheitern von gesellschaftlichem Wandel damit trö-

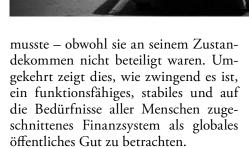
sten, dass die Enkel es besser ausfechten würden, so ist dies heute in Bezug auf die physikalischen und chemischen Prozesse in der Biosphäre nicht mehr möglich. Sie folgen ihrer eigenen Logik, die nichts mit den Schwierigkeiten von politischen Entscheidungen, komplexen diplomatischen Verhandlungen und den ihnen zugrunde liegenden sozialen Interessenskonflikten zu tun hat. Der Klimawandel erreicht in den nächsten zwei Jahrzehnten einen Kipppunkt, einen point of no return, von dem an irreversible Veränderungen in Gang kommen, denen niemand mehr etwas entgegenzusetzen vermag. Wir stehen vor einer in der Menschheitsgeschichte einmaligen Herausforderung.

In dieser historischen Konstellation nun absorbiert die Finanz- und Wirtschaftskrise einen Großteil der Problemlösungskapazitäten der Politik und wertvolle Ressourcen. Sie vertieft die sozialen und ökonomischen Asymmetrien und Spannungen in der Welt, birgt das Risiko konkurrenzorientierter statt kooperativer Lösungen und kostet viel Zeit. Ihre Auswirkungen sind also weitreichender als es der von der scheinbaren Seriosität von Nadelstreifen getrübte Blick vieler Analysten wahrhaben will. Last but not least ist die Krise auch der Bankrott der wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen des Finanzkapitalismus: der Neo-Klassik und des Monetarismus. Weder die Handelnden in der Finanzindustrie noch ihre medialen und akademischen Satelliten hatten das System, das jetzt zusammengebrochen ist, verstanden. Ihre Theorien haben sich als Ideologie erwiesen, die den Praxistext nicht bestanden hat.

2. Der Crash und der Süden

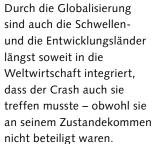
Die Finanzkrise ist im wahrsten Sinn des Wortes die erste wirklich globale Wirtschaftskrise. Die Entwicklungsund Schwellenländer konnten sich ihr nicht entziehen. Allerdings, so verschieden die Länder sind, die sich hinter der vagen Bezeichnung Süden verbergen, so unterschiedlich waren auch das Ausmaß und die Qualität der Betroffenheit. Sie war abhängig von verschiedenen Parametern, z.B. ihrer Integration in die Weltwirtschaft, der Struktur ihrer Volkswirtschaften und ihrer politischen und ökonomischen Stabilität vor der Krise. So sind einige Länder bereits dabei, sich zu erholen, während in anderen ihre Wirkungen gerade erst sichtbar werden. Eine genaue Betrachtung der einzelnen Länder ergibt somit ein sehr differenziertes Bild.

Eine Gemeinsamkeit zwischen so unterschiedlichen Welten wie China und Burkina Faso, zwischen Brasilien und Nepal zeigte sich aber unabweisbar: Durch die Globalisierung sind auch die Schwellen- und die Entwicklungsländer längst soweit in die Weltwirtschaft integriert, dass der Crash auch sie treffen



TOYOTA





2.1. Ansteckungswege

Die Übertragung der Krise auf die Schwellen- und Entwicklungsländer fand im Wesentlichen über zwei Kanäle statt – auf direktem Wege über die Finanzbeziehungen und indirekt über die Realwirtschaft. Erstere spielten dabei in den meisten Fällen eine eher untergeordnete Rolle: Aufgrund der geringeren Integration in die globalen Finanzmärkte und des "Rückstands" bei der Hervorbringung spekulativer Geschäftsmodelle blieb die Übertragung über die Finanzmärkte vergleichsweise beschränkt. Die wichtigste Rolle spielt hier der Rückgang der Kredite.

Ungleich stärker trafen die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft in den Industrieländern die Länder des Südens – in Form des Rückgangs der Direktinvestitionen, des Welthandels und bei vielen ärmeren Ländern in Form eines Rückgangs der Rücküberweisungen von Arbeitsemigranten und eines Einbruchs bei der Entwicklungshilfe auf breiter Front.

2.1.1. Rückgang der Finanzflüsse

In den Jahren vor der Krise sind die privaten Finanzflüsse – also Kredite/Schul-

den, Portfolioinvestitionen, Direktinvestitionen, Rücküberweisungen von Migranten – vor allem in die Schwellenländer, aber durchaus auch in Entwicklungsländer, stark angestiegen, insgesamt um 5% des BIP der Schwellen-



São Paulo Stock Exchange, Brasilien (Photo: Paulo Fehlauer, www.flickr.com)

Als Folge des Crashs kehrte sich der Aufwärtstrend 2008 erstmals seit 1997 um, ein Trend, der sich 2009 zunächst weiter verstärkte. und Entwicklungsländer von 2000 bis 2007 (Weltbank 2010a: 6). Regional betrug der Anstieg in Ostasien, Lateinamerika und der Karibik und im Mittleren Osten und Nordafrika 2% des BIP, in Südasien 7% und in Subsahara-Afrika 4% (ibid.). Alles in allem eine bemerkenswerte Zunahme.

Der Anstieg hat mehrere Gründe. Zum einen hat der (Rohstoff-)Boom in den Schwellenländern die Exporteinnahmen erhöht. Zudem wurden Investitionen und Beteiligungen in den boomenden Branchen angezogen und die Kreditaufnahme stieg an. Schließlich haben auch institutionelle Investoren neue, hohe Profite versprechende Spekulationsmöglichkeiten rund um den Globus gesucht, z.B. im Carry Trade (s. Kapitel 2.1., Box 1). Insofern wurden die Zielländer der Spekulationsgelder in die Krisendynamik hineingezogen.

Als Folge des Crashs kehrte sich der Aufwärtstrend 2008 erstmals seit 1997 um, ein Trend, der sich 2009 zunächst weiter verstärkte. So sanken z.B. die Privatanleihen an Schwellen- und Entwicklungsländer von noch 236 Mrd. USD 2008 auf 123 Mrd. USD 2009. Das ist ein Rückgang um fast die Hälfte. (Welt-

bank 2010a: 20). Die ausländischen Direktinvestitionen sanken von 621 Mrd. USD 2008 auf 406 Mrd. USD 2009 (UNCTAD 2010c:2).

Den größten Anteil an den Abflüssen haben die Portfolio-Investitionen, also die relativ kurzfristige Anlagen, hochliquiden Finanzvermögenswerte (Aktien, Anleihen, Devisen, alle Arten von Derivaten u.a. liquide Vermögenswerte). Portfolio-Investitionen sind zugleich der Teil der Kapitalflüsse, der in der Krise am einfachsten und schnellsten abgezogen werden kann. Wenn den Investoren/Spekulanten die Turbulenzen auf den Märkten zu stark werden, suchen sie sichere Häfen auf. Der sicherste dieser Häfen sind immer noch die USA und der Dollar.

Langfristige Anlagen, Direktinvestitionen und Kredite mit längerer Laufzeit dagegen sind nicht so mobil und können im Krisenfall nicht kurzfristig abgezogen werden.

Der Rückgang der Portfolioinvestitionen hatte eine Reihe von Gründen:

- Die institutionellen Investoren, die in der Krise große Summen verloren hatten, mussten Wertpapiere verkaufen, um diese Verluste auszugleichen. Solche Verkäufe, ebenso wie ein Rückgang der Risikobereitschaft auf Seiten der Spekulanten, führten zu allgemeinen Kursverlusten auf den Aktienmärkten, unabhängig davon, ob diese Wertpapiere durch das Platzen der Spekulationsblase selbst gefährdet waren.
- Dieser allgemeine Abwärtstrend wurde von vielen Akteuren auf den Finanzmärkten als ein Zeichen gesehen, dass sich die seit Jahren gestiegen Börsenkurse – im Börsenjargon "Bullenmarkt" genannt – in einen langfristigen Abwärtstrend umkehren könnten, einen sog. "Bärenmarkt".
- Die Angst vor einem solchen sektorübergreifenden Kursverfall an der Börse führte wie immer zu typischen Herdenreaktionen: So wie die Jahre zuvor die Kurse immer weiter gestiegen waren, weil institutionelle Investoren, überzeugt vom anhaltenden Bullenmarkt, weiter investierten und dadurch die Kurse antrieben, so sanken sie nun, weil in der Krise in

kurzer Zeit viele Investoren glaubten, dass ein Bärenmarkt kommen würde. Deshalb wurden die Wertpapiere verkauft, um von Kursverlusten nicht betroffen zu sein. Aber gerade dadurch wurden die Kursverluste erst recht beschleunigt. Ein typischer Fall einer self fulfilling prophecy, einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung, und ein Beispiel für die Irrationalität auf den Finanzmärkten.

Der Effekt dieses Herdenverhaltens war, dass Börsen in der ganzen Welt unabhängig von den ökonomischen Situationen in den jeweiligen Ländern in einer Synchronbewegung einbrachen.

Seit Frühjahr 2009 scheint diese Fluchtbewegung gestoppt: Die Portfolioinvestments nahmen wieder zu und entsprechend erholten sich die Aktienmärkte wieder. Diese Erholung verlief jedoch je nach Land sehr unterschiedlich und nur in einigen Ländern haben die Aktienmärkte wieder das Vorkrisenniveau erreicht, so beispielsweise in Brasilien. Die Mehrzahl der Akteinmärkte in den Schwellen- und Entwicklungsländern - etwa jene in China, Kenia, Südafrika und Nigeria - haben sich zwar erholt, sind aber weit von ihrem Stand von 2007 entfernt: "Die Finanzmärkte haben sich stabilisiert und erholen sich, bleiben

aber schwach." (Weltbank 2010a:15). Der Kursverfall hat als direkte Folge einerseits, dass sich der Zugang zu Kapital für die Aktiengesellschaften in den jeweiligen Ländern deutlich verschlechtert – weil sie für neu ausgegebene Aktien weniger Geld bekommen werden und weil ihr Börsenwert und damit ihre Kreditwürdigkeit gegenüber potentiellen Kreditgebern gesunken ist. Eine zweite direkte Folge ist, dass in vielen Ländern einheimische Banken, die in Aktien investiert haben, große Summen verloren haben.

Die Auswirkungen des Einbruchs von Portfolioinvestitionen bedeuten jedoch natürlich nicht, dass Portfolioinvestitionen als solche als sinnvolles Entwicklungsinstrument im Sinne von Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit verstanden werden könnten. Im Gegenteil, in der Finanzkrise in Asien 1997 ist sichtbar geworden, dass die auf kurzfristige hohe Renditen ausgerichteten Portfolioinvestitionen äußerst schädlich für Entwicklungs- und Schwellenländer sein können. Wenn diese Kapitalflüsse jedoch versiegen, ohne dass sinnvollere Finanz- bzw. Entwicklungsinstrumente an ihre Stelle treten, bedeutet dies zunächst eine Schwächung der betroffenen Länder.

Der Effekt dieses Herdenverhaltens war, dass Börsen in der ganzen Welt unabhängig von den ökonomischen Situationen in den jeweiligen Ländern in einer Synchronbewegung einbrachen.

BOX 1: Carry Trade

Ein direkter Übertragungsweg der Finanzkrise auf Schwellenländer ist der sog. *Carry Trade*, eine Form der Spekulation auf Zinsdifferenzen zwischen zwei Währungsräumen. Carry Trade war bereits ein immer wieder auftretendes Phänomen in den Finanzkrisen der neunziger Jahre in den Schwellenländern (UNCTAD 2009a: 43).

Wie funktioniert Carry Trade? Nehmen wir als Beispiel Japan und Brasilien: ein institutioneller Investor nimmt in Japan mit seinen seit Jahren sehr niedrigen Zinssätzen um 1% einen Kredit in *Yen* auf. Die Summe wird anschließend in Brasilien, wo die Zinsen bei 12% liegen, in *Reais* umgetauscht und dort als Kredit ausgereicht. Nach einiger Zeit – das können Tage, Wochen oder Monate sein – wird der Kredit in Japan zurück gezahlt. Der Zyklus kann erneut beginnen. Die Zinsdifferenz, in diesem Fall in der Größenordnung von 10%, ist der Bruttogewinn dieses Geschäftsmodells. Beim – hebelverstärkten – Einsatz von Hunderten von Millionen kommt auf diese Weise eine beträchtliche Rendite zustande.

Die Kehrseite ist zum einen, dass auch schon ohne Krise die Zinsen für den Reais-Kredit von der brasilianischen Volkswirtschaft erarbeitet werden müssen, um ihr dann entzogen zu werden.

Zum anderen ist *Carry Trade* ein Instabilitätsfaktor. So haben im Zuge der Krise die institutionellen Investoren ihre Positionen in Brasilien abrupt aufgelöst. Es kam im Oktober 2008 innerhalb weniger Tage zu einer Abwertung der brasilianischen Währung um 25% und zu einem Absturz der Aktienkurse. Umgekehrt führte die Repatriierung der Gelder zu einer vorübergehenden Aufwertung des Yen.

2.1.2. Was Finanzmärkte und Hunger miteinander zu tun haben

Ein drastisches und entwicklungspolitisch besonders interessantes Beispiel dafür, wie hinter der Fassade von Nadelstreifen und scheinbarer Seriosität existentielle Nöte für Millionen von Menschen in den Entwicklungsländern versteckt sein können, ist die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Ende 2007



Reissäcke (Photo: marcokalmann, www.flickr.com) waren die Nahrungsmittelpreise weltweit drastisch gestiegen (s. Grafik 3). Der Nahrungsmittelpreisindex der FAO wies in den 15 Monaten zwischen Ende 2006 und März 2008 eine Preissteigerung von 71% auf. Besonders dramatisch war die Steigerung bei Reis und Getreide, wo die Preise um 126% in die

Höhe schossen. Es war vorwiegend Finanzspekulation, die diese Preissteigerungen verursacht hat.

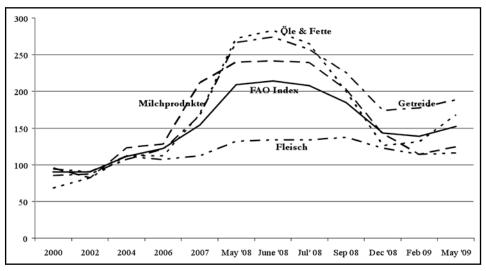
In der Zeit, in der die Preise am Steigen waren, wurde dies heftig bestritten. Da die Preisbildung bei Agrarrohstoffen in der Tat komplex ist, wurden alle möglichen Faktoren bemüht, um den Preisanstieg zu erklären, so z.B. steigende Nachfrage in Schwellenländern – Chinesen konsumieren zunehmend Milchprodukte – oder die Produktion von Biokraftstoffen.

Nachdem die Preise ab Juli 2008 wieder fielen, haben sich diese Erklärungen allerdings in Luft aufgelöst. Denn die genannten Faktoren sind langfristig wirkend und gehen weder in der relativ kurzen Zeit von 10 Monaten so steil nach oben noch in noch kürzerer wieder nach unten. So schnell fangen die Chinesen nicht an, Joghurt zu essen, um in ein paar Monaten wieder damit aufzuhören und so rasch absorbiert auch nicht die Produktion von Biokraftstoff landwirtschaftliche Nutzflächen.

Die Preiskurve hat dagegen die typische Form einer spekulativen Blase. Grund für den Anstieg: die Subprime-Krise war von einer Hypothekenkrise zu einer Kreditkrise übergegangen. Ganze Marktsegmente brachen zusammen, wie das der toxischen Derivate. Investmentbanken und Hedge Fonds hatten Verluste in zweistelliger Milliardenhöhe. In dem Maße, wie die Spekulation im Finanzsektor schwerer wurde, suchten die Investoren angestrengt nach neuen Märkten und warfen sich jetzt auf die Rohstoffmärkte, in erster Linie Erdöl, aber auch auf agrarische Rohstoffe.

Grafik 3: Nahrungsmittelpreise Dezember 2000 – Mai 2009

(Mittelwert 1998-2009 = 100)



Quelle: FAO 2010

2007 wuchs der Handel mit landwirtschaftlichen Futures und anderen Derivaten um 32%. Gleichzeitig stieg zwischen Juni 2005 und Juni 2007 der Wert von Rohstoffderivaten, die *Over the Counter*, also außerbörslich gehandelt wurden, um nahezu 160%. An der Rohstoffbörse in Chicago stieg die Anzahl der Kontrakte zwischen Oktober 2007 und Ende März 2008 um 65%, ohne dass sich die reale Produktion deswegen erhöht hätte (Bank for International Settlements 2008a).

D.h. die Blase hatte begonnen sich aufzublähen. Der Preisanstieg bei Derivaten zog wiederum einen Anstieg der Spotmarktpreise nach sich. Zum einen haben Käufer auf den Spotmärkten mehr auf Vorrat gekauft, um weiteren Preissteigerungen zuvorzukommen. Das erhöht die Nachfrage und erzeugt Preisdruck nach oben. Zum anderen haben Verkäufer in der Erwartung höherer Preise mit dem Verkauf gewartet und damit das Angebot verknappt. Die Spekulation der institutionellen Investoren hatte also eine ganze Kette spekulativen Verhaltens bei anderen Akteuren in Gang gesetzt.

Hinzu kommt, dass Spekulation nicht nur über den direkten Weg der Nahrungsmittelbörsen eine Rolle spielte, sondern auch indirekt über den Ölpreis. Öl ist in allen Phasen der landwirtschaftlichen Produktion und des Vertriebs beteiligt. Ähnlich wie bei den Nahrungsmittelpreisen war auch die Ölpreisblase in diesem Zeitraum weitgehend spekulationsbedingt. Spekulation war also auf zweifache Weise an der Blase der Nahrungsmittelpreise beteiligt.

Ab Juli stürzten die Preise dann wieder regelrecht ab. Auch dies ist auf die Finanzkrise zu-rückzuführen, die in diesem Zeitraum eine weitere Verschärfung erfuhr. Hedge Fonds und anderen institutionellen Investoren wurde angesichts der realwirtschaftlichen Krise nun auch die Rohstoffspekulation zu riskant und es setzte eine erneute Fluchtwelle ein, dieses Mal in US Treasury Bonds, quasi der letzte Hafen, in denen sich das Kapital flüchten kann.

Von deutscher Seite war auch die Deutsche Bank an der Nahrungsmittelspekulation beteiligt. Im Mai 2008 machte sie auf Brötchentüten Reklame für ihren Agriculture Euro Fond: "Freuen Sie sich über steigende Preise? Alle Welt spricht über Rohstoffe – mit dem Agriculture Euro Fond haben Sie die Möglichkeit, an der Wertentwicklung von sieben der wichtigsten Agrarrohstoffe zu partizipieren" (WAZ 2008).

Resultat dieses Geschäftsmodells: "Zwischen 109 und 126 Millionen Menschen sind

An der Rohstoffbörse in Chicago stieg die Anzahl der Kontrakte zwischen Oktober 2007 und Ende März 2008 um 65%,ohne dass sich die reale Produktion deswegen erhöht hätte.



Werbung der Deutschen Bank auf Brötchentüten (Scan: www.attac.de)

Von deutscher Seite war auch die Deutsche Bank an der Nahrungsmittelspekulation beteiligt. Im Mai 2008 machte sie auf Brötchentüten Reklame für ihren Agriculture Euro Fond. infolge der Nahrungsmittelpreissteigerung seit 2006 unter die Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag gefallen. ... In Afrika südlich der Sahara dürfte die extreme Armut um 8% gestiegen sein. Das bedeutet, dass die jüngsten Nahrungsmittelpreissteigerung die Erfolge bei

der Armutsreduzierung zwischen 1990 und 2004 wieder zunichte gemacht haben" (UNO 2009: 26).

Inzwischen wird die Rolle der Spekulation mit Futures bei der Preisbildung von Rohstoffen auch von einigen Regierungen gesehen. So hat die französische Regierung eine Studie veröffentlicht, in der am Beispiel Öl die Rolle von Spekulation untersucht wird. Kernaussagen der Studie sind, dass:

- die Finanzmärkte die Preisvolatilität nennenswert beeinflussen,
- die Blase von 2008 sich jederzeit wiederholen kann,
- das Verhalten der Finanzmärkte unkontrollierbare Risiken birgt,
 die Frage der Öbergiere beitägte bereit
- die Frage der Ölpreisvolatilität letztlich eine Frage der Regulierung der Finanzmärkte ist,
- das Verhalten der Finanzmarktakteure auch für andere Rohstoffe gilt, d.h. also auch für Lebensmittel (Ministère de l'Economie, de l'Industrie et de L'Emploi 2010).

2.1.3. Rückgang der Direktinvestitionen

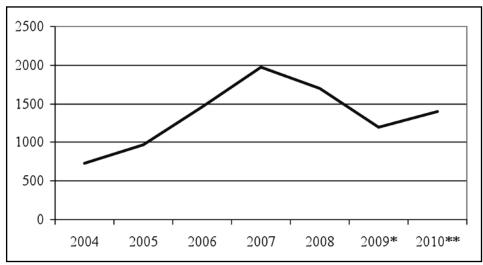
Ausländische Direktinvestitionen (engl.: Foreign Direct Investments – FDI) werden solche Investitionen genannt, mit denen ausländische Investoren entweder direkt Eigentum in einem Land erwerben oder einen Anteil eines Unternehmens, der groß genug ist, um dem Investor ein Mitspracherecht bei der Unternehmensführung zu erlauben (UNC-TAD 2010a). Ein klassisches Beispiel für eine ausländische Direktinvestition ist der Bau oder Kauf einer Fabrik in China durch eine deutsche Automobilfirma, die dann in diesen Fabriken Autoteile oder ganze Fahrzeuge produzieren lässt.

Der größte Teil an globalen FDI fließt zwischen Industrieländern. In den letzten Jahrzehnten haben jedoch FDI in Schwellen- und Entwicklungsländer massiv zugenommen, von 10% ihres gemeinsamen Bruttoinlandsproduktes 1980 auf 30% 2008 (DIE 2008). Damit stellen FDIs heute die wichtigste Finanzierungsquelle für Entwicklungs- und Schwellenländer dar und sind in vielen Ländern zu zentralen Pfeilern der Entwicklungsstrategie geworden. Mit ihnen verbindet sich die Hoffnung auf positive Effekte für Beschäftigung, Einkommen und Steueraufkommen in den Empfängerländern und auf sogenannte Spillover-Effekte für die Wirtschaft des Empfängerlandes, die vom Transfer von Investitionen, Technologie und Wissen profitieren soll.

Die starke Zunahme von FDI seit 1980 ist ein wichtiger Gradmesser für die ökonomische Globalisierung, also für die Integration der Schwellen- und Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft: 2007 erreichten globale FDI-Kapitalflüsse ihren Höhepunkt, es wurden weltweit 1,4 Billionen Euro – also 1.400 Milliarden Euro – investiert, über 25% mehr als 2006 und dreimal soviel wie zehn Jahre zuvor (UNCTAD 2010b). FDIs werden - im Gegensatz zu Portfolioinvestitionen - weniger von institutionellen Investoren getätigt, sondern primär durch Unternehmen der Realwirtschaft. Trotzdem hat die Krise sich massiv auf die FDI-Kapitalflüsse ausgewirkt. Denn die Finanzkrise verschlechterte die Kreditaussichten und Zukunftsperspektiven der Unternehmen - was dazu führte, dass viele Unternehmen ihre ausländischen Direktinvestitionen reduzierten. In der Konsequenz gingen FDIs bereits 2008 um über 14% im Vergleich zum Vorjahr zurück (siehe Grafik 4). Für 2009 wird sogar von einem Rückgang von über 35% gegenüber 2007 ausgegangen (UNCTAD 2009b: 37). Ab 2010 soll den Prognosen der UNCTAD zufolge der Umfang ausländischer Direktinvestitionen zwar wieder zunehmen, dabei jedoch deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus bleiben, das sie auch 2011 noch nicht wieder erreichen werden.

Grafik 4: Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen

Entwicklung der Ausländischen Direktinvestitionen weltweit (in Milliarden US-Dollar)



Rücküberweisungen belaufen sich inzwischen auf rund das Dreifache der weltweiten staatlichen Entwicklungshilfe.

* Schätzung, ** Prognose

Quelle: UNCTAD 2009b, UNCTAD 2010b

Dieser Einbruch hat sich nicht gleichmäßig auf den Globus verteilt. 2008 betrafen die Einbrüche zunächst vor allem die Industrieländer. 2009 erreichte der Rückgang der FDIs jedoch auch Entwicklungs- und Schwellenländer. Die großen Schwellenländer Brasilien, Russland, China, Indien, deren starkes Wachstum ihnen schon vor der Krise den Ruf als Wachstumsmotoren der Weltwirtschaft eingebracht hatte, sind durch die Rückgänge weniger getroffen worden und haben sich sehr viel schneller erholt als viele andere Länder, deren Märkte als weniger attraktiv gelten.

2.1.4. Rückgang der Rücküberweisungen von Migranten ("Remittances")

Rücküberweisungen sind Überweisungen von Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer, mit denen sie Partner, Familien und/oder Freunde unterstützen. Dadurch leisten sie einen oft bedeutenden Beitrag zu deren Lebensunterhalt, nicht selten mit dem Effekt, den Empfängern aus der Armut zu helfen. Rücküberweisungen spielen daher in zahlreichen Entwicklungsländern eine wichtige und zunehmende entwicklungspolitische Rolle.

In den letzten Jahren sind die Rücküberweisungen massiv gestiegen: von 83 Milliarden Dollar im Jahr 2000 auf 338 Milliarden 2008 (Weltbank 2009c: 1). Damit belaufen sie sich inzwischen auf rund das Dreifache der weltweiten staatlichen Entwicklungshilfe. Entsprechend machen sie in vielen Entwicklungsländern inzwischen einen erheblichen Teil

des Bruttoinlandsproduktes aus – im Libanon, in Honduras und Haiti etwa um 20%, und in einer Vielzahl von Ländern mehr als 10 Prozent (UNCTAD 2009c: 23).

Diese Kapitalflüsse spielen eine besonders große Rolle in Zeiten von Krisen, da sich Rücküberweisungen normalerweise antizyklisch entwickeln: In Zeiten der Krise der Heimatländer überweisen die Migranten mehr Geld aus dem Ausland, um ihre sozialen Netzwerke vor

Kriseneffekte wie Arbeitslosigkeit zu schützen.

Die globale Finanzkrise hat zu einem Bruch mit dieser antizyklischen Entwicklung geführt. Weil ihre Reichweite global ist und ihr Epizentrum gerade in



Bankenwerbung für Rücküberweisungen in Madrid (Photo: Daniel Lobo, www.flickr.com)

Weil die Reichweite der Krise global ist und ihr Epizentrum gerade in jenen Staaten liegt, in denen viele Migranten arbeiten, trifft die Krise nicht nur die Empfänger der Rücküberweisungen, sondern auch ihre Absender.

Oxfam Protestaktion beim G8 Gipfel in Heiligendamm, Juni 2007 (Photo: Craig Owen, Oxfam, www.flickr.com)

Oxfam, www.flickr.com)

Notam, www.flickr.com

jenen Staaten liegt, in denen viele Migranten arbeiten, trifft die Krise nicht nur die Empfänger der Rücküberweisungen in den Schwellen und Entwicklungsländer, sondern auch ihre Absender, besonders die Migranten in Nordamerika und Europa. Von ihnen sind viele unter den ersten, die durch die Krise arbeitslos geworden sind.

Daher sind 2009 die Rücküberweisungen entgegen ihrem jahrzehntelangen Trend erstmals gesunken - Prognosen zufolge um 6 Prozent auf 317 Milliarden US-Dollar (Weltbank 2009c: 14). Ab 2010 wird zwar eine Erholung erwartet, jedoch auf einem so niedrigen Niveau, dass selbst 2011 noch nicht der Stand von 2008 erreicht sein wird. Die Entwicklung der Rücküberweisungen konnte somit der Krise nicht antizyklisch entgegenwirken, sondern hat sie prozyklisch verstärkt. Auch wenn die Folgen dieser Entwicklung bislang nicht empirisch untersucht sind, muss davon ausgegangen werden, dass dieser Rückgang der Rücküberweisungen parallel zu anderen Übertragungswegen für Millionen Familien in Entwicklungs- und Schwellenländern das Risiko verstärkt hat, durch die Krise zu

2.1.5. Rückgang der Entwicklungshilfe in mehreren Geberländern

Die Finanzkrise führt auch zu einem Rückgang der staatlichen Entwicklungshilfe (engl.: Official Development Assistance – ODA) in einer ganzen Reihe von Geberländern (s. Tabelle 1). Vor der Krise befand sich die ODA deutlich im Anstieg, auch wenn schon damals die Zuwachsraten hinter den Versprechungen zurückblieben.

Ende der 1990er Jahre hatte der Umfang der bereitgestellten Mittel einen historischen Tiefststand erreicht – die wichtigsten Geberländer gaben 1997 nur noch 0,22 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für ODA aus. Danach stieg die Hilfe wieder an.

2002 wurde in Mexiko der sog. Mon-

terrey-Konsens zur Entwicklungsfinanzierung verabschiedet, mit dem sich die großen Geberländer verpflichteten, am Ziel der Erhöhung ihrer ODA auf die seit 1970 versprochenen 0,7 Prozent des BNE festzuhalten – allerdings ohne Zeitvorgabe. Zwar blieben die meisten Geberländer auch sechs Jahre später noch weit unterhalb dieses Ziels. Bis 2008 hatte sich jedoch die ODA immerhin auf einen durchschnittlichen Anteil von 0,3 Prozent des BNE erhöht (UNO 2010: 85). Die Finanzkrise stellt jetzt die weitere Steigerung in Frage. Zwar hatten die G20 im April 2009 noch versichert, die ODA nicht zu kürzen. Doch durch die Auswirkungen der Krise sind die Staatshaushalte der großen Geberländer unter großen Druck gekommen, der sich angesichts der stark ansteigenden Staatsverschuldung in vielen Ländern in den folgenden Jahren noch verstärken wird. So wurde bereits für 2009 sichtbar, dass bei einer ganzen Reihe von Ländern die ODA zurückgeht, so z.B. bei Deutschland (-12%), Österreich (-31%), Kanada (-9%), Japan (-11%), Italien (-31) und Irland (-19). Bei den Eu-Geberländern ist insgesamt eine Schrumpfung um 0,2% zu erkennen. Nur weil andere ihre ODA z.T. beträchtlich steigerten, wie z.B. Frankreich (+17%), Großbritannien (+15%) und (+17%) kam immerhin noch ein magerer Zuwachs von 0,7% bzw. 823 Millionen USD zustande. Vergleicht man das mit den Zahlen, an die wir uns im Zusammenhang mit den Rettungsaktionen für Banken gewöhnen mussten, sind das geradezu Peanuts.

Tabelle 1 ODA Entwicklung 2008 - 2009

	2009		2008		Veränderung ,08 - ,09	
	Mio. USD	% d. BNE	Mio. USD	% d. BNE	Mio. USD ¹	% d. BNE ¹
Australien	2.761	0,29	2.954	0,32	2.912	-1,4
Belgien	2.601	0,55	2.386	0,48	2.661	11,5
Dänemark	2.810	0,88	2.803	0,82	2.922	4,2
Deutschland	11.982	0,35	13.981	0,38	12.297	-12,0
Finnland	1.286	0,54	1.166	0,44	1.319	13,1
Frankreich	12.431	0,46	10.908	0,39	12.746	16,9
Griechenland	607	0,19	703	0,21	618	-12,0
Großbritannien	11.505	0,52	11.500	0,43	13.179	14,6
Irland	1.000	0,54	1.328	0,59	1.077	-18,9
Italien	3.314	0,16	4.861	0,22	3.350	-31,1
Japan	9.480	0,18	9.579	0,19	8.556	-10,7
Kanada	4.013	0,30	4.795	0,33	4.341	-9,5
Korea	816	0,10	802	0,09	910	13,5
Luxemburg	403	1,01	415	0,97	423	1,9
Neuseeland	313	0,29	348	0,3	337	-3,2
Niederlande	6.425	0,82	6.993	0,8	6.675	-4,5
Norwegen	4.086	1,06	3.963	0,88	4.650	17,3
Österreich	1.146	0,30	1.714	0,43	1.179	-31,2
Portugal	507	0,23	620	0,27	523	-15,7
Schweden	4.546	1,12	4.732	0,98	5.083	7,4
Schweiz	2.305	0,47	2.038	0,44	2.271	11,5
Spanien	6.571	0,46	6.867	0,45	6.786	-1,2
USA	28.665	0,20	26.842	0,19	28.305	5,4
Insgesamt	90.908	0,31	122.296	0,30	123.119	0,7
davon EU Geberländer	67.135	0,44	70.974	0,43	70.838	-0,2

BNE = Bruttonationaleinkommen

Nach Prognosen des Entwicklungshilfekomitees der OECD (DAC) wird die Hilfe auch 2010 in absoluten Zahlen zwar einen Höchststand erreichen, aber die Zusagen, die beim G7 in Gleneagles und beim Millenniumsgipfel +5 gegeben wurden, werden nicht erreicht werden. Insbesondere für Subsahara Afrika, dem eine Verdopplung der Hilfe auf 50 Mrd. USD für 2010 zugesagt worden war, wird nur 37 Millionen bekommen. Die Erfahrungen der Vergangenheit stimmen wenig optimistisch in Bezug auf die Standfestigkeit der Versprechen der Geberländer in Zeiten von Krise: Wie Emmanuel Frot vom Stockholmer Institute for Transitions Economics in einer Studie gezeigt hat, ist in früheren Krisen einzelner Länder die ODA im Durchschnitt um 13 Prozent gesunken (Frot 2009).

Quelle: OECD 2010B

Der Bruch der Zusagen ist in der gegenwärtigen Krise für die armen Länder fatal. Denn während unter den Geberländern in den nächsten Jahren der Druck weiter wachsen wird, die ODA zu verringern, ist unter den Nehmerländern der Bedarf für Unterstützung stark gewachsen. Um dieser sich öffnenden Schere etwas entgegenzusetzen, müssten die Geberländer antizyklisch auf die Krise reagieren und die ODA steigern, statt sie zu senken.

Die Zusagen, die beim G7 in Gleneagles und beim Millenniumsgipfel +5 gegeben wurden, werden nicht erreicht werden.

¹ Inflations- und wechselkursbereinigt

Während unter den Geberländern in den nächsten Jahren der Druck wachsen wird, die ODA zu verringern, ist unter den Nehmerländern der Bedarf für Unterstützung stark gewachsen.

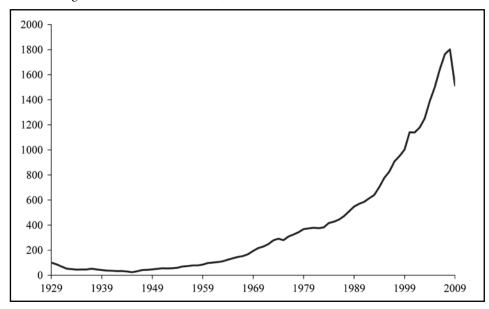
2.1.6. Fallende Nachfrage, fallende Preise – der Rückgang des Welthandels

Seit 1945 hat die Entwicklung des Welthandels die Entwicklung der Weltwirtschaft reflektiert. Er hat beständig und stark zugenommen. Nur in drei Jahren ist der Welthandel zurückgegangen – jeweils ausgehend von Rezessionen in den Industrieländern – und in keinem Fall um mehr als 5%. Der Einbruch des Welthandels um beinahe 13 Prozent (UNO 2010: 47) im Jahr 2009 ist somit beispiellos in der Nachkriegszeit – ein vergleichbarer Rückgang findet sich nur in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 (siehe Grafik 5).

Der Handel der Industrieländer war bereits seit Sommer 2007 zurückgegangen. Die Verschärfung der Finanzkrise im September 2008 und die damit verbundene Verschlechterung der ökonomischen Rahmenbedingungen führte dann im Herbst 2008 zu einem Rückgang des Welthandels in allen Regionen: Durch den starken Rückgang der Nachfrage nach Fertigprodukten sanken Importe und in der Folge auch die industrielle Güterproduktion und Exporte im globalen Maßstab. Zugleich verschlechterten sich die Finanzierungsmöglichkeiten des Handels durch Handelskredite etc. erheblich: Handelskredite wurden knapper und die Zinsen für Handelskredite verteuerten sich um bis zu 300% (UNO 2010: 48).

Grafik 5: Der Welthandel bricht ein

Entwicklung des Welthandels seit 1929 (Index mit 1929 = 100)



Quelle: CPB 2010

Die für Entwicklungsländer allerdings zentrale Konsequenz des weltweiten Rückgangs von industrieller Produktion und Nachfrage war der Verfall der Rohstoffpreise. Nachdem seit 2004 die Preise für Rohstoffe - wie Erdöl, Mineralien, Metalle und Agrarrohstoffe wie Getreide, Ölsamen, Kaffee und Tee – beständig gestiegen waren, folgte einem historischen Höhepunkt im Frühjahr 2008 ein starker Einbruch. Die Lebensmittelpreise auf den internationalen Märkten fielen um ein Viertel, einige Güter, wie Ölsamen und pflanzliche Öle, fielen um über 50 % unter ihren Höchstpreis, nachdem es davor zu einer Preisblase mit katastrophalen Folgen für die Ernährungssicherheit in zahlreichen armen Ländern gekommen war (s. ausführlicher dazu Kapitel 2.1.2). Der Ölpreis fiel sogar um mehr als 70 Prozent. Die Folgen des Rückgangs des Welthandels trafen alle Entwicklungs- und Schwellenländer.

Der Rohstoffpreisverfall traf zusätzlich die Rohstoffexportländer, während sich für die Importländer dadurch eine Entspannung ergab.

Je nach der Abhängigkeit von Exporten und ihrer Position als Rohstoffimporteur oder -exporteur war die Belastung jedoch sehr unterschiedlich. So traf der Rückgang der Nachfrage für Industrieerzeugnisse die sehr exportabhängigen Schwellenländer in Südostasien wie Südkorea und Indonesien hart. Dagegen hatten die durch die Abkühlung der Weltwirtschaft sinkenden Preise für Rohstoffe durchaus ambivalente Wirkungen: Exporteure von Öl und Mineralien in Afrika und Lateinamerika wie Nigeria, Ecuador, Venezuela und Trinidad und Tobago litten unter dem Preisverfall (UNO 2010: 52/53). Dagegen brachte er jenen Ländern, die vom Import von Rohstoffen, insbesondere Öl abhängig sind, eine gewisse Erleichterung. In den meisten Fällen wurde diese Erleichterung der niedrigeren Preise für Energierohstoffe jedoch überschattet vom parallelen Preisverfall für die eigenen Exportgüter.

Seit Sommer 2009 nimmt der Welthandel ebenso wie die Preise für Rohstoffe wieder zu. Während jedoch die Preise für die meisten Rohstoffe bereits wieder das Niveau von 2006 erreicht haben, wird das Gesamtvolumen sein Vorkri-

senniveau frühestens 2011 wieder erreichen. Diesen Prognosen zufolge werden von 2008 bis 2010 Einbußen in Höhe von 5 Billionen US-Dollar hinzunehmen sein (UNO 2010: 47).



Gütertransport per Containerschiff, (Photo: Mikebaird, www.flickr.com)

Die Folgen sind massiv und unabhängig von Branchenunterschieden oder Ort und Struktur der Exportindustrien sehr ähnlich: niedrigere Investitionen, Unternehmenspleiten, sinkende Löhne und Arbeitslosigkeit.

Über diese Kanäle übertrug sich die Krise von den Exportbranchen auch auf jene Sektoren, die eigentlich unabhängig vom Export sind: Niedrigere Investitionen etwa wirken sich negativ auf die Bauindustrie aus, die weniger Bauaufträge aus der Exportindustrie bekommt. Und niedrigere Löhne und Entlassungen führen zu einer sinkenden Binnennachfrage, unter der alle Sektoren leiden – vom Autohändler, dessen Kundenstamm aus der aufstrebenden Mittel- und Oberschicht durch die Krise stark reduziert wurde, bis zum Friseur, der weniger Aufträge erhält, weil entlassene Arbeiter und Arbeiterinnen weniger Geld in der Tasche haben.

Inzwischen wurde der Absturz des Handels gestoppt: "Der Handel erholt sich, aber bleibt flau." (Weltbank 2010a: 15).

Die Folgen sind massiv: niedrigere Investitionen, Unternehmenspleiten, sinkende Löhne und Arbeitslosigkeit.

2.2. Zahlungsbilanzdefizite und Überschuldung – die makroökonomischen Auswirkungen der Krise auf Schwellen- und Entwicklungsländer

Durch den Rückgang der globalen Nachfrage gingen die Exporte beinahe aller Länder zurück.

Die kombinierte Wirkung der beschriebenen Effekte der Krise lässt sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: das ökonomische Umfeld der Entwicklungs- und Schwellenländer verschlechterte sich durch die Krise drastisch. Obgleich die Länder unterschiedlich von dieser Entwicklung getroffen wurden, zeigte sich ein gemeinsames Muster, das die Entfaltung wirtschaftlicher Krisenprozesse auf globaler Ebene paradigmatisch vorführt: Durch den Rückgang der globalen Nachfrage gingen die Exporte beinahe aller Länder zurück - und damit auch die Einkünfte der Exportsektoren. In der Folge wurden die Löhne in diesen Wirtschaftssektoren gesenkt, wurden Arbeiter entlassen, die Produktion zurückgefahren und neue Investitionen eingeschränkt.

Zugleich reagierten die Finanzmärkte in den meisten Ländern. Auch wenn diese nicht selbst von der Krise betroffen waren, verknappten die zurückgehenden Portfolio- und Direktinvestitionen die Geldflüsse in die Wirtschaft. Diese Geldknappheit wurde verschärft durch die ebenfalls knapper werdende Kreditflüsse in all jenen Ländern, in denen die Finanzindustrie auf die Krise prozyklisch reagierte, indem sie die Kreditvergabe einschränkte.

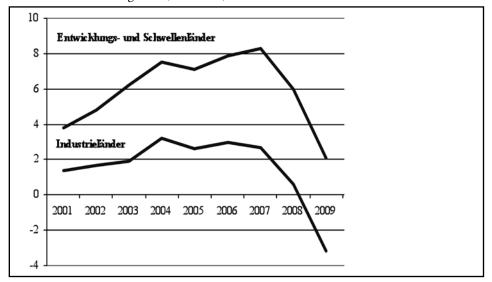
Die Krise der Exportsektoren und die entstehende "Kreditklemme" sorgten zusammen dafür, dass auch jene Wirtschaftszweige, die nicht von Exporten abhängig sind, in den Abwärtssog der Krise gerieten: Infolge sinkender Investitionen und Löhne einerseits und steigender Arbeitslosigkeit andererseits ging auch die Binnennachfrage in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern zurück.

Allerdings: während zahlreiche Industrieländer in eine Rezession gerieten, d.h. ihre Volkswirtschaft schrumpfte (*Minuswachstum*), kam es in den Schwellen- und Entwicklungsländern nicht zur Rezession (siehe Grafik 6).

Dennoch entstanden in zahlreichen Fällen Zahlungsbilanzdefizite bzw. dort, wo sie bereits vor der Krise existierten, vergrößerten sie sich.

Die Krise blieb nicht auf die Wirtschaft beschränkt, sondern griff schnell auch auf die öffentlichen Finanzen über. Zum einen kam es krisenbedingt zu fallenden Steuereinkünften, zum anderen führten Aktionen zur Bankenrettung und Konjunkturpakete zu einem starken Anstieg der Staatsausgaben, der in vielen Fällen wiederum zu einer dramatischen Verschuldung der öffentlichen Hand führte.

Jährliches Wirtschaftswachstum der Schwellen- und Entwicklungsländer und der Industrieländer im Vergleich (in Prozent)



Quelle: IWF 2010a

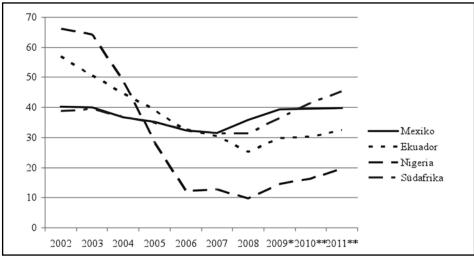
In Entwicklungsländern, wo die Staatseinnahmen in hohem Maße von der Besteuerung weniger Exportprodukte – etwa Rohölexporte im Fall von Nigeria (siehe Kapitel 3.3) – abhängen, traf der Rückgang der globalen Nachfrage die Staatshaushalte besonders schwer. Andererseits bedeutet wachsende Armut und Arbeitslosigkeit eine höhere Belastung der sozialen Sicherungssysteme, auch dort wo diese nur sehr schwach ausgebaut sind, ganz zu schweigen von den Belastungen durch Konjunkturprogramme, die auch von vielen Entwick-

lungs- und Schwellenländern als antizyklische Maßnahme zur Krisenbekämpfung aufgelegt wurden. Durch diese Kombination von Einnahmeausfällen und der gleichzeitigen Notwendigkeit der Ausgabenerhöhung droht vielen Ländern des Südens Überschuldung. Nachdem die Verschuldung in vielen der vormals hochverschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländer in den letzten zehn Jahren überwunden oder zumindest deutlich gesunken war, stieg sie 2009 wieder an (siehe Grafik 7).

Nachdem die Verschuldung in vielen der vormals hochverschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländer in den letzten zehn Jahren überwunden oder zumindest deutlich gesunken war, stieg sie 2009 wieder an

Grafik 7: Die Verschuldung im Süden nimmt wieder zu

Entwicklung der Staatsverschuldung in ausgewählten Schwellen- und Entwicklungsländern (in Prozent des Bruttoinlandsproduktes)



* Schätzung, ** Prognose

Quelle: EIU 2010

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Jahre vergehen, bis die sozialen Konsequenzen ökonomischer Krisen voll in Erscheinung treten.

Im Jahr 2009 waren über 30 Millionen mehr Menschen arbeitslos als 2007.

2.3. Die sozialen Folgen der Krise: Steigende Armut, Arbeitslosigkeit und Prekarisierung

Die Auswirkungen der Krise auf die soziale Lage der Bevölkerung in den verschiedenen Regionen und Ländern sind auch über zwei Jahre nach ihrem Ausbruch noch schwer abschätzbar. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Jahre vergehen, bis die sozialen Konsequenzen ökonomischer Krisen voll in Erscheinung treten. Schon jetzt ist jedoch klar, dass durch die Krise positive soziale Entwicklungen der letzten zehn Jahre unterbrochen und in ihr Gegenteil verkehrt wurden.

Nach Angaben der Weltbank sind allein in Subsahara-Afrika 30.000 bis 50.000 Kinder an den direkten Folgen des Crashs gestorben (Weltbank 2010a: 4). So viel wie die gesamte Bevölkerung einer durchschnittlichen Kleinstadt in Europa und zehnmal soviel wie die Todesopfer des Terroranschlags vom 11. September 2001.

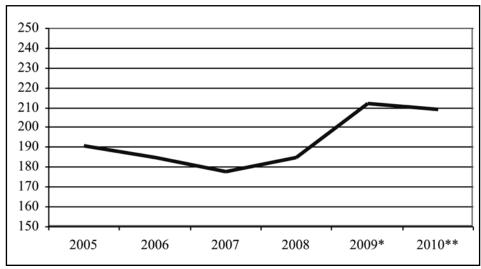
Natürlich kann man das Leben eines Menschen nicht gegen ein anderes aufwiegen. Aber die Diskrepanz zwischen den geradezu als historisch zu bezeichnenden Folgen des 11. September und der Folgenlosigkeit des stummen Todes dieser Kinder kann nur noch fassungslos machen.

Auch der krisenbedingte Anstieg der absoluten Armut, d.h. der Zahl jener Menschen, die mit weniger als 1,25 USD pro Tag (0,91 Euro zum Kurs vom 15. März 2010) überleben müssen, ist dramatisch. Er beträgt 114 Millionen (Weltbank 2010a: 41). Und wenn von absoluter Armut gesprochen wird, dann ist damit nur ein Teil der Armut erfasst. Denn wer 2 USD pro Tag zur Verfügung hat, ist ebenfalls noch sehr arm.

Eine andere verhängnisvolle Auswirkung der Krise auf die soziale Lage der Bevölkerung besteht in der zunehmenden Arbeitslosigkeit. Sie ist nach einem Rückgang in den zwei Jahren vor der Krise im Jahr 2009 wieder deutlich angestiegen: In diesem Jahr waren über 30 Millionen mehr Menschen arbeitslos als 2007 (siehe Grafik 8).

Grafik 8: Zunehmende Arbeitslosigkeit

Zahl der Arbeitslosen (in Millionen)



*Schätzung, **Prognose

Quelle: ILO 2010: 47

Die höchsten Zuwächse trafen dabei die Volkswirtschaften im Epizentrum der Krise – die Industrieländer. Doch auch die Schwellenländer in Osteuropa und die des Südens sind von der zunehmenden Arbeitslosigkeit betroffen. Zwar gibt es hier massive regionale und nationale Unterschiede (siehe Kapitel 3). Keine Region der Welt konnte jedoch dem generellen Trend der wachsenden Arbeitslosigkeit entgehen (ILO 2010: 46).

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat dabei besonders Frauen und Jugendliche getroffen. Gerade in jenen Regionen, in denen der Arbeitsmarkt Frauen stark gegenüber Männern benachteiligt – etwa in Südasien, Lateinamerika und der Karibik, dem mittleren Osten und Nordafrika, aber auch in der Europäischen Union – ist die Arbeitslosigkeit unter Frauen stärker angestiegen als unter Männern.

In Bezug auf die Lage von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich ein ähnliches Bild: Jugendliche, die auch außerhalb von Krisenzeiten stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Erwachsene, haben unter der Krise stärker gelitten als Erwachsene: Die Jugendarbeitslosigkeit ist doppelt so stark gestiegen wie die der Erwachsenen.

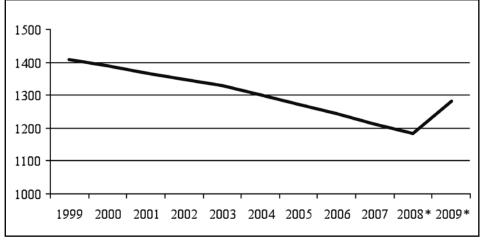
Die Chancen, dass sich die Lage auf den Arbeitsmärkten bald wieder entspannen könnte, stehen schlecht. Erfahrungen aus vergangenen Krisen zeigen, dass es, wenn nach einer ökonomischen Krise die Wirtschaft wieder wächst, mehrere Jahre dauert, bis sich die wirtschaftliche Erholung auch in deutlich sinkender Arbeitslosigkeit widerspiegelt.

Die Krise hat aber auch die Lage derer verschlechtert, die noch (oder wieder) Arbeit haben. So hat sie dazu geführt, dass der Anteil prekärer - schlecht bezahlter und sozial kaum abgesicherter -Beschäftigung prozentual wieder angestiegen ist: Nachdem der Anteil solcher Beschäftigungsverhältnisse zwischen 1998 und 2008 beständig gesunken ist, stieg er 2009 wieder um über 1 Prozent an. Damit haben Arbeitsverhältnisse wieder zugenommen, die oft von schlechter Bezahlung, niedriger Produktivität und Arbeitsbedingungen gekennzeichnet sind, die fundamentalen Arbeitsrechten widersprechen.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat besonders Frauen und Jugendliche getroffen.

Grafik 9: Armut nimmer wieder zu

Zahl der Menschen, deren Einkommen unter 2 US-Dollar am Tag beträgt (Angabe in Millionen)



*Zahlen für 2008 und 2009 sind Schätzungen

Quelle: ILO 2010

Das bedeutet, dass durch die Krise weltweit 100 Millionen Menschen unter die von der Weltbank definierte Armutsgrenze gefallen sind. Eine ähnlich große Zahl ist laut Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Rahmen der Krise extrem arm geworden, eine Kategorie, unter die nach der

Auf der Straße in Ladakh, Indien (Photo: Steve Evans, www.flickr.com)

Weltbankdefinition all jene fallen, die über weniger als 1,25 US-Dollar am Tag verfügen. Es ist somit ein Fahrstuhleffekt eingetreten: ein großer Teil derer, die zuvor oberhalb der Armutsgrenze waren, sind im Zuge der Krise – durch Jobverlust, gefallene Löhne oder Prekarisierung – wieder unter diese Schwelle gerutscht; zugleich sind viele, die bereits vor der Krise arm waren, in der Krise in extreme Armut gestoßen worden.

Nun sagen diese Zahlen nichts über die Schicksale einzelner Menschen aus - etwa über die Millionen Arbeiter im chinesischen Perflussdelta, deren Mindestlohn durch die chinesische Regierung als Reaktion auf die Krise gesenkt wurde; oder über jene Arbeiterinnen in der Textilindustrie in Bangladesch, die ihre Arbeit verloren haben, als die internationale Nachfrage nach Textilien im Zuge der Krise einbrach. Ebenso wenig können die Zahlen Auskunft geben über die indirekten Folgen der verschärften ökonomischen Armut: Über die verlorenen Bildungschancen von Millionen von Kindern, deren Eltern durch die Krise gezwungen sind, sie aus der Schule zu nehmen, damit sie zum Familieneinkommen beitragen können; über jene unzähligen Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich auf Grund von Arbeitslosigkeit oder sinkenden Löhnen grundlegende Gesundheitsversorgung nicht mehr leisten können, schließlich über all jene von Lohnarbeit abhängigen Familien und Kinder, die in Folge der Krise sich nicht mehr selbst mit Nahrungsmitteln versorgen können und von Hunger bedroht sind.

Sollten sich die Prognosen der ILO bewahrheiten und die Erholung des globalen Arbeitsmarktes mehrere Jahre brauchen, bis das Vorkrisenniveau wieder erreicht ist – dann droht für Millionen Menschen rund um den Globus eine verlorene Entwicklungsdekade.

3. Fallbeispiele

Wie bereits erwähnt, ist die Wirkung der Krise auf die einzeln Entwicklungsund Schwellenländer sehr verschieden. Wie unterschiedlich sie waren, lässt sich an den folgenden Fallbeispielen Kenia, Brasilien, Nigeria, Südafrika, Indien und China sehen. Die Unterschiede zwischen den Ländern dürfen freilich nicht den Blick auf gemeinsame Einsichten verstellen, die die Fallstudien ermöglichen: Sie zeigen, dass die geringere Integration in die globalen Finanzmärkte sowie eine relativ strikte Regulierung sich bezahlt machen. Sie erhöhen die Stabilität gegenüber externen Schockwirkungen der Krise.

Darüber hinaus zeigen die Fallbeispiele, dass dort, wo die Regierungen politisch willens und ökonomisch dazu in der Lage waren, sie mit einer antizyklischen, klassisch keynesianischen Politik den Folgen der Krise entgegenwirken konnten – mit Zinssenkungen, Liquiditätsspritzen, staatlichen Eingriffe in das Bankensystem bis hin zu Verstaatlichungen und umfangreichen Konjunkturprogrammen.

Die Fallstudien zeigen aber auch, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer so stark in die Weltwirtschaft integriert sind, dass auch die wirkungsvollste Wirtschafts- und Finanzpolitik sie vor den Auswirkungen eines solchen Crashs nicht bewahren kann. Die Fallbeispiele zeigen, dass die geringere Integration in die globalen Finanzmärkte sowie eine relativ strikte Regulierung sich bezahlt machen.

3.1. Kenia

Anders als in vielen Industrieländern ist in Kenia die Finanzkrise nur eine von einer ganzen Reihe von schweren Belastungen für die ökonomische Entwicklung. Das ostafrikanische Land musste in den letzten drei Jahren drei Krisen zugleich bewältigen: die politische Krise, die den Wahlen zum nationalen Parlament im Dezember 2007 folgte und die zu blutigen Unruhen und einem massiven Einbruch der kenianischen Wirtschaft führte; die globale Ernährungskrise, die durch den massiven Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Mais, pflanzliches Öl etc. besonders die arme Bevölkerungsschicht traf; und schließlich die Dürre, die 2008 und 2009 die Landwirtschaft schwer getroffen hatte (Social Watch Report 2009: 108). Der gemeinsame Effekt dieser drei Krisen war, dass 2008 das kenianische Wirtschaftswachstum auf nur 1,8 Prozent gefallen war – nach 7,1 Prozent im Vorjahr (IWF 2010a). Der Finanzcrash traf somit Kenias Ökonomie in einem

bereits in vielfacher Hinsicht instabilen Zustand, was aber für zahlreiche arme Länder durchaus typisch ist.

Kenias Finanzindustrie selbst war jedoch nicht durch die Krise betroffen: Kenianische Banken haben sich nicht an der Spekulation am US-Immobilienmarkt beteiligt und blieben dementsprechend auch nach dem Platzen der Blase stabil (Weltbank 2009d: 4). Das bewahrte jedoch Kenia nicht vor der Übertragung der Krise durch andere, indirekte Wege: So gingen auch in Kenia in Folge der Krise die Portfolioinvestitionen stark zurück - mit der Folge, dass der Aktienmarkt auf seinem Tiefpunkt im Frühjahr 2009 um mehr als 50 Prozent unter dem Stand von 2007 lag. Bis Anfang 2010 hatte der Index noch nicht wieder seinen Vorkrisenstand erreicht(Nairobi Stock Exchange 2009: 2, Nairobi Stock Exchange 2010: 3). Parallel haben FDIs seit Beginn der Finanzkrise stark abgenommen (Weltbank 2009d: 4). Auch die RücküberDer Finanzcrash traf Kenias Ökonomie in einem bereits in vielfacher Hinsicht instabilen Zustand. weisungen nach Kenia nahmen im Vergleich zum Vorjahr leicht ab – nachdem sie in den Jahren zuvor jedes Jahr stark zugenommen haben (Central Bank of Kenya 2010). Diesem Rückgang ging jedoch 2008 eine starke Zunahme voraus, als Exilkenianer ihre Rücküberweisungen während den politischen Unruhen deutlich erhöht hatten.



Auch der Safari-Tourismus in Kenia ist von der Krise betroffen (Photo: Matt Corks, www.flickr.com)

Auf die steigende Staatsverschuldung will die Regierung mit einem umfangreichen Privatisierungsprogramm reagieren, in dessen Rahmen einige der letzten Unternehmen, die noch in Staatsbesitz sind, verkauft werden sollen. Dass neben den Geldflüssen auch die globale Nachfrage zurückging, hatte für Kenia gemischte Konsequenzen. Einerseits sorgten die gesunkenen Preise für Öl, Lebensmittel und Düngemittel für eine gewisse Erleichterung für die kenianische Wirtschaft, da Kenia als rohstoffarmes Land insbesondere Erdöl importieren muss und nach der Dürre zu Lebensmittelimporten gezwungen ist. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch der Rückgang der Nachfrage nach einigen der wichtigsten kenianischen Exportgütern, insbesondere nach Produkten der Gartenbauwirtschaft, wie Schnittblumen, Obst und Gemüse (Weltbank 2009d: 6).

Zusammen mit den Unruhen 2008 und den Dürren in demselben wie auch dem Folgejahr hat die Finanzkrise so dazu beigetragen, dass 2009 im zweiten Jahr in Folge die Landwirtschaft, die mehr als ein Viertel der kenianischen Wirtschaft ausmacht, geschrumpft ist. Ähnliches gilt auch für die Tourismusbranche, einen weiteren wichtigen Wirtschaftszweig in Kenia. Zwar wuchs der

Tourismus 2009 gegenüber 2008 stark an, erreichte jedoch trotz aggressiven Marketings und verbilligter Reiseangebote nur 93% seines Umfang von 2007 (Weltbank 2009d: 3). Die kenianische Regierung reagierte auf diese Auswirkungen der Finanzkrise mit einer Lockerung der Geldpolitik und einem Konjunkturprogramm. Seit Herbst 2008 hat die kenianische Zentralbank den Leitzins mehrmals gesenkt, um mehr und billigeres Geld für den kenianischen Markt zur Verfügung zu stellen. Außerdem beschloss die Regierung ein Konjunkturprogramm, das zusätzliche Ausgaben in Höhe von 22 Milliarden kenianischen Schilling (etwa 200 Millionen Euro) vorsieht, die vor allem in die Verbesserung der Infrastruktur und die sozialen Sicherungssysteme fließen sollen (Weltbank 2009d: iii).

Trotz dieser antizyklischen Politik erholt sich die kenianische Wirtschaft nur sehr langsam. Das Wirtschaftswachstum hat 2009 zwar zugenommen gegenüber dem Tiefstand von 2008, liegt jedoch mit 2,5 Prozent immer noch über 4 Prozent unter dem Stand von 2007 (IWF 2010).

Welche Auswirkungen die schleppende Erholung der kenianischen Wirtschaft auf die kenianische Gesellschaft hat, ist angesichts mangelnder empirischer Daten schwer abschätzbar. Es muss jedoch von einer deutlichen Verschärfung der sozialen Lage ausgegangen werden - schon deshalb, weil sowohl 2008 als auch 2009 das Wachstum der Wirtschaft unter dem Bevölkerungszuwachs lag. Allein dadurch sank das Pro-Kopf-Einkommen. Zudem wird als Folge des Konjunkturprogramms die Staatsverschuldung steigen. Eine Entwicklung, auf die die Regierung mit einem umfangreichen Privatisierungsprogramm reagieren will, in dessen Rahmen einige der letzten Unternehmen, die noch in Staatsbesitz sind, verkauft werden sollen. So steht durch die Finanzkrise Kenias Chance auf eine Erholung von den anderen drei Krisen auf dem Spiel und es läuft Gefahr, dadurch kurz- und mittelfristig Entwicklungsmöglichkeiten zu verlieren. Zudem bedeuten die geplante Verschuldung und Privatisierung, dass Kenia selbst bei einer baldigen Erholung wohl geschwächt aus der Krise hervorgehen wird.

3.2. Brasilien **29**

Brasilien hat in der Krise den Ruf eines ökonomischen Wunderkindes erworben: Es geriet als eines der letzten Länder in den Sog der Krise und ist eines der ersten, das wieder zu Wirtschaftswachstum zurückgekehrt ist. Auch wenn diese Analyse – verbreitet u.a. in Wirtschaftsmagazinen wie dem britischen Economist (Economist 2009) – übertrieben ist, bleibt Brasiliens Widerstandsfähigkeit gegenüber der Krise bemerkenswert.

So betrug das Wirtschaftswachstum trotz des Crashs im Herbst 2008 in diesem Jahr noch 5,1 Prozent. 2009 brach zwar auch in Brasilien das Wirtschaftswachstum stark ein, mit 1,8 Prozent blieb es aber auch in diesem Jahr weit von der Rezession entfernt, unter der die meisten Industrieländer litten. Und bereits ab 2010 prognostiziert der IWF wieder Wachstumsraten von 4,7 Prozent (IWF 2010b: 6).

Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen ist dabei nicht einmal 2009 bemerkenswert zurückgegangen. Nach einem leichten Rückgang im Sommer 2008 sind sie schnell zu ihrem hohen Niveau zurückgekehrt, so dass für 2009 FDI-Zuflüsse in Höhe von 41 Milliarden US-Dollar zu erwarten sind – mehr als 15 Milliarden mehr als im Durchschnitt der letzten 10 Jahre (Banco Do Brasil 2009: 44, UNCTAD 2010b).

Während sich Brasiliens Wirtschaftsentwicklung hier dem globalen Negativtrend widersetzen konnte, brach die brasilianische Börse ebenso ein wie die großen Börsen in den USA, England und Japan: Zwischen Frühjahr und Herbst 2008 verlor der Leitindex der Börse in Rio de Janeiro beinahe 50 Prozent seines Wertes. Ausländische Investoren zogen in großem Maße in brasilianische Aktien investierte Geldmittel ab, sodass zwischen Herbst 2008 und dem Sommer des folgenden Jahres die Portfolioinvestitionen in Brasilien sogar negativ waren, d.h. die Investoren zogen mehr Geld aus Brasilien ab, als sie investierten. Trotzdem erholte sich der brasilianische Aktienmarkt sehr schnell und erreichte im Winter 2009 schon fast wieder Vorkrisenstand (New York Times 2010).

Das Muster der kurzfristigen Krise und schnellen Erholung lässt sich auch in der Realwirtschaft beobachten: So ging



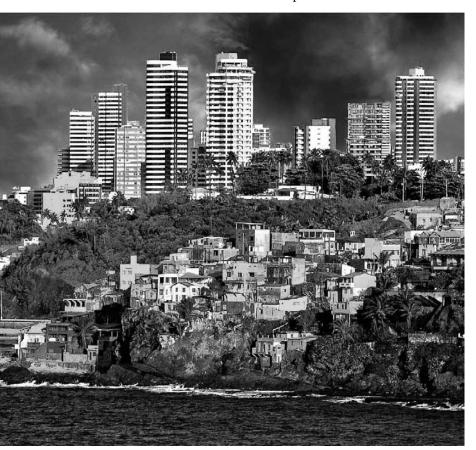
São Paulo, Brasilien (Photo: Paulo Fehlauer, www.flickr.com)

die brasilianische Autoproduktion zwischen Oktober und Dezember 2008 um über 70 Prozent zurück. Dass nicht nur die Autoindustrie litt, zeigt der parallele Anstieg der Arbeitslosigkeit: Im gleichen Zeitraum gingen in Brasilien mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze verloren. Die offizielle Arbeitslosenquote stieg in wenigen Monaten um mehr als einen Punkt auf beinahe 9 Prozent. So drastisch die Krise in die Realwirtschaft einbrach, so schnell erholte sich jedoch die brasilianische Wirtschaft auch wieder: Bereits im Sommer 2009 erreichte die Autoproduktion beinahe wieder ihr Vorkrisenniveau, und die Arbeitslosigkeit ging wieder auf 8 Prozent zurück und liegt damit ähnlich hoch wie im selben Zeitraum 2008 (Banco Do Brasil 2009: 29ff).

Grundlage für Brasiliens relative Stabilität gegenüber der Krise war seine wirtschaftlich sehr positive Ausgangsposition: ein hohes Wirtschaftswachstum in den Jahren vor der Krise, eine stabile Währung, relativ niedrige Staatsver-

Brasiliens Widerstandsfähigkeit gegenüber der Krise bleibt bemerkenswert.

schuldung und sinkende Arbeitslosenzahlen. Für die Widerstandskraft der brasilianischen Wirtschaft gegenüber der Krise waren darüber hinaus jedoch zwei Gründe ausschlaggebend. Zum einen ist Brasiliens Ökonomie vergleichsweise unabhängig von der Weltwirtschaft: Exporte machen in Brasilien nur



Salvador de Bahia, Brasilien (Photo: lapidim, www.flickr.com)

Brasiliens Ökonomie ist vergleichsweise unabhängig von der Weltwirtschaft, ebenso ist das brasilianische Finanzsystem relativ abgeschottet von den Weltfinanzmärkten.

14 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus (Weltbank 2010c). Das machte Brasilien weniger anfällig für einen weltweiten Rückgang der Nachfrage. Ebenso ist das brasilianische Finanzsystem relativ abgeschottet von den Weltfinanzmärkten: Die brasilianischen Banken haben sich in der Vergangenheit stark auf den eigenen Markt konzentriert und nur in geringem Maße an der Spekulation auf den internationalen Finanzmärkten teilgenommen. Dementsprechend blieb das brasilianische Finanzsystem in der Krise stabil - keine brasilianische Bank musste Insolvenz anmelden oder vom Staat gerettet werden. Umgekehrt spielen ausländische Geldgeber für die brasilianische Wirtschaft eine vergleichsweise geringe Rolle: Über 80 Prozent der Kredite sind vollkommen unabhängig von

ausländischen Geldgebern (Banco Do Brasil 2009: 12).

Der zweite Grund für die schnelle Überwindung der Krise waren die wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen, mit denen die brasilianische Politik und die Zentralbank auf die Krise reagierten: Einerseits sorgte die Zentralbank im September 2008 durch eine Lockerung der Eigenkapitalauflagen für die brasilianischen Banken dafür, dass diese bis Juli 2009 118 Milliarden Real (46 Milliarden Euro) mehr für Kredite zur Verfügung stellen konnten, als dies die alten Regeln erlaubt hätten. Zudem senkte die Zentralbank den Leitzinssatz auf den niedrigsten Zinssatz seit über 10 Jahren. Beides ermöglichte den brasilianischen Banken, den Wegfall ausländischer Kredite zum Teil auffangen. Andererseits leitet die Regierung bereits 2007 ein umfassendes Konjunkturprogramm ein, das für Investitionen in Energieversorgung, Sozialsystem und Verkehrsinfrastruktur von 2007 bis 2010 504 Milliarden Real (195 Milliarden Euro) einsetzen soll (PAC 2010). Beide Interventionen in den Markt haben die Auswirkungen der Krise abgemildert. Trotz der schützenden Wirkung der Abschottung des brasilianischen Finanzsystems, trotz des Erfolges der wirtschaftspolitischen Antworten auf die Krise und des milden Krisenverlaufs, den beide zusammen erzeugten, ist jedoch auch Brasilien durch die Krise getroffen worden. Diese Betroffenheit zeigt sich in der Stagnation bei zwei zentralen Entwicklungsindikatoren - dem Anteil der Armen und dem GINI-Koeffizienten, der die soziale Ungleichheit einer Gesellschaft abbildet. Beide waren in den Jahren vor der Krise beständig gesunken. In Folge der Krise ist diese Entwicklung 2009 zum Erliegen gekommen - erstmals seit sieben Jahren ist der Anteil der

co Do Brasil 2009: 46f). So ist auch Brasilien, obwohl sein Finanzsystem in die Krise kaum involviert war und obwohl das Land wirtschaftlich sehr stabil in die Krise ging, von den Auswirkungen des Crashs in seiner Entwicklung zurückgeworfen worden.

Armen nicht zurückgegangen und die

Ungleichverteilung des Reichtums hat

2009 sogar wieder zugenommen (Ban-

3.3. Nigeria **31**

Nigeria befindet sich, wie die Autoren des Social Watch Reports 2009 für das Land schreiben, seit Jahren im Zustand einer permanenten Krise (Social Watch 2009: 128). Die weitverbreitete Korruption, eine desaströse Infrastruktur, die unter anderem nur ein Drittel der benötigten Elektrizität bereitstellt, und andauernde bewaffnete Konflikte um die Kontrolle der Ölfelder im Nigerdelta haben das westafrikanische Land in den letzten Jahren schwer belastet. In dieser Situation haben die Finanzkrise und ihre Konsequenzen zu zusätzlichen schweren Belastungen für Nigeria geführt

Der schnellste Übertragungsweg, durch den die Krise in Nigeria spürbar wurde, waren auch hier die Portfolioinvestitionen: Der nigerianische Aktienmarkt ist infolge der Krise regelrecht implodiert. Die Kurse gingen zwischen März 2008 und Anfang 2009 um über 60 Prozent zurück (FT 2009a).

In der Folge kam auch der nigerianische Bankensektor in Bedrängnis: Mehrere Banken, die umfangreiche Kredite an Investoren vergeben hatten und damit auf dem nigerianischen Aktienmarkt spekulierten, wurden vom Einbruch des Aktienmarktes schwer getroffen. Der Verfall des Aktienmarktes führte dazu, dass viele Investoren die Kredite nicht zurückzahlen konnten - mit dem Effekt, dass der gesamte Bankensektor an den Rand des Zusammenbruchs rückte. Um einer Kernschmelze des gesamten Finanzsystems zuvorzukommen, intervenierte schließlich die nigerianische Zentralbank mit einem Rettungspaket in Höhe von 600 Milliarden Naira (2,7 Milliarden Euro), mit dem 24 Banken gestützt wurden. Zugleich stellte die Zentralbank acht Banken unter ihre Aufsicht (FT 2009a und FT 2009c).

Eine direkte Folge dieser Übertragung der globalen Krise auf das nigerianische Finanzsystem war die Verknappung des Kreditangebotes. Zeitgleich mit dieser Verknappung von inländischen Geldquellen für Unternehmen wie für Privathaushalte nahmen während der Krise auch ausländische Geldflüsse ab: FDIs gingen deutlich zurück – um über 20 Prozent im ersten Halbjahr 2009 (Cen-

tral Bank of Nigeria 2009: 66).

Der nigerianische Staat reagierte auf die Krise in erster Linie durch eine Lockerung der Geldpolitik. Durch Senkung der Leitzinsen und andere monetäre Maßnahmen stellte die nigerianische



Börse in Lagos, Nigeria (Photo: sremeika, www.flickr.com)

Zentralbank 2009 zusätzliche 200 Milliarden Naira (900 Millionen Euro) für die Binnenwirtschaft zur Verfügung. Dies konnte jedoch nicht den scharfen Einbruch des Wirtschaftswachstums verhindern: 2008 ging das Wachstum in Nigeria im Vergleich zum Vorjahr um die Hälfte auf 2,9 Prozent zurück (IWF 2010a).

Hintergrund dieses Rückgangs war ein Einbruch des Wachstums im landwirtschaftlichen und produzierenden Sektor. Besonders die Landwirtschaft spielt für Nigerias Wirtschaftswachstum immer noch eine sehr wichtige Rolle, da die Ölförderung, die Nigerias Ökonomie immer noch dominiert, in den letzten Jahren infolge sozialer Unruhen, Korruption und Missmanagement geschrumpft ist. Trotz dieses Rückgangs ist Nigeria als wichtigster Öl-Produzent auf dem afrikanischen Kontinent jedoch nach wie vor massiv von seinen Ölexporten abhängig: Die Exporteinnahmen gehen zu über 95 Prozent, der

Der ohnehin bereits sehr niedrige Anteil von sozialer Sicherung, Bildung und Gesundheit an den Staatsausgaben wurde 2009 gesenkt – nachdem sie in den fünf Jahren zuvor gestiegen waren.

In Nigeria ist die ohnehin bereits desolate Situation durch die Krise nochmals deutlich verschlechtert worden. Staatshaushalt zu über 80 Prozent auf Einnahmen aus dem Ölexport zurück. Dementsprechend drastische Folgen hatte der Verfall des Ölpreises in Folge der Krise auf zeitweise ein Drittel seines Vorkrisenstandes (Weltbank 2010d und ODI 2009:11).

Die Exporteinnahmen Nigerias gingen von 76,8 Milliarden Dollar 2008 zurück auf 41,7 Milliarden 2009. Parallel stieg die Neuverschuldung des nigerianischen Staates auf 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, was die Regierung veranlasste, eine Reihe von Privatisierungen anzukündigen, um mit einem Verkauf von "Tafelsilber" einen Teil der Verschuldung aufzufangen (EIU 2009: 8).

Entsprechend dieser negativen Entwicklungen auf ökonomischer Ebene ist auch Nigerias Bevölkerung von der Krise heftig getroffen wurden. Zwar fehlen auch hier bisher genaue empirische Daten, doch es ist sicher, dass der ohnehin bereits sehr niedrige Anteil von sozialer Sicherung, Bildung und Gesundheit an den Staatsausgaben 2009 gesenkt wurde – nachdem sie in den fünf Jahren zuvor gestiegen waren. Zudem zeigen Er-

3.4. Indien

fahrungen aus vorangegangen Ölpreisabsenkungen, dass parallel zum sinkenden Ölpreis auch das durchschnittliche Haushaltseinkommen sinkt – das britische *Overseas Development Institute* rechnet hier mit einem Rückgang um etwa 4 Prozent (ODI 2009: 12).

Der bisherigen Entwicklung nach zu urteilen, werden auch Rücküberweisungen - die mit über 10 Milliarden Dollar eine wichtige Einkommensquelle bilden – diesem Trend kaum entgegenwirken können: Nachdem sie über zehn Jahre lang gestiegen waren, nahmen Rücküberweisungen nach Nigeria erstmals seit fünf Jahren nicht zu, sondern ab - sie gingen 2009 um 4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück (2009a). So ist in Nigeria die ohnehin bereits desolate Situation durch die Krise nochmals deutlich verschlechtert worden. Positive Entwicklungsansätze, wie das Wirtschaftswachstum im Agrarbereich, wurden geschädigt. Die Gegenmaßnahmen von Seiten des Staates konnten zwar das Finanzsystem stabilisieren, doch die wirtschaftlichen Folgen der Krise insgesamt nicht auffangen.

Indien gilt als eine der künftigen Wirtschaftsgroßmächte und hatte vor der

Aktienindex, der NSEI, fiel von seinem Höchstwert im Januar 2008 bis Oktober desselben Jahres um fast 60 Prozent.

Der zentrale indische

schaftsgroßmächte und hatte vor der Krise außerordentlich hohe Wachstumsraten: Zwischen 2003 und 2007 wuchs die Wirtschaft im Durchschnitt um mehr als 8 Prozent (IWF 2010). Indiens Bankensektor, der vergleichsweise stark reguliert wird, beteiligte sich nicht an spekulativen Geschäften auf den internationalen Finanzmärkten. Als dort die Blase platzte, war Indien in einer recht günstigen Ausgangsposition: Die Wirtschaft prosperierte und das indische Finanzsystem blieb auch in der Finanzkrise stabil (ICRIER 2009: 1, Bank of India 2009: 4). Trotzdem übertrug sich die Krise im Herbst 2008 schnell auf die indische Ökonomie. Obwohl das Wirtschaftswachstum Indiens seitdem schnell wieder angestiegen ist, wird es auf absehbare Zeit unter dem Niveau der letzten Jahre bleiben und mit ihm

auch ein Teil der Entwicklungschancen

des Landes (IWF 2010).

Die erste Auswirkung der Krise auf Indien bestand in einer Umkehrung der internationalen Geldflüsse, die bereits Anfang 2008 begann: Zwischen Januar 2008 und Februar 2009 flossen netto 13,3 Milliarden US-Dollar aus Indien ab – gegenüber einem Nettozufluss von 17,7 Milliarden Dollar im Jahr 2007. In der Konsequenz brach der indische Aktienmarkt - an dem viele der internationalen Investoren ihr Geld abgelegt hatten - ein: Der zentrale indische Aktienindex, der NSEI fiel von seinem Höchstwert im Januar 2008 bis Oktober desselben Jahres um fast 60 Prozent (Yahoo 2010).

Mit den Geldabflüssen aus Indien verschlechterten sich auch die Kreditkonditionen für indische Unternehmen auf dem internationalen Markt: Kredite aus dem Ausland nahmen rapide ab. In der Folge kam es zu einer klassischen Liquiditätskrise – indische Unternehmen und Privathaushalte bekamen zunehmend

Probleme, Kredite zu erhalten. Zugleich kollabierte der Handelssektor: Im zweiten Halbjahr 2008 gingen indische Imund Exporte massiv zurück, nachdem sie noch im ersten Halbjahr stark gewachsen waren (ICRIER 2009: 3)

Der Rückgang des Handels traf besonders den industriellen Sektor, dessen Produktion stark zurückging. Dieser wirtschaftliche Einbruch traf die Bevölkerung in erster Linie in Form ansteigender Arbeitslosigkeit. So ging im Herbst 2008 die Zahl der Beschäftigten um 3,0 Prozent zurück. Parallel sanken in vielen Bereichen die Löhne. Zusammen führten diese Entwicklungen zu einem Rückgang des privaten Konsums – was die indische Binnenwirtschaft weiter schwächte (Bank of India 2009: 75).

Die indische Regierung versuchte der Krise durch eine Lockerung der Geldpolitik und mehrere Konjunkturprogramme entgegenzuwirken. Die Zentralbank senkte im Herbst 2008 die Zinsen und verbilligte damit deutlich die Kredite. Zudem lockerte sie die Richtlinien für Banken, so dass diese weniger Kapital als Sicherheit behalten und mehr an Unternehmen verleihen konnten. Durch diese Maßnahmen konnte ein Teil der weggefallenen Kredite aus dem Ausland aufgefangen werden. Parallel beschloss die indische Regierung drei Konjunkturprogramme, die unter anderem ein Beschäftigungsprogramm für den ländlichen Raum beinhalteten, Subventionen für die Exportindustrie sowie eine starke Erhöhung der Löhne für Staatsbedienstete. Zusammen belaufen sich die unterschiedlichen Zusatzausgaben auf 5,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – etwa 60 Milliarden US-Dollar (ICRIER 2009: 6).

Diese Maßnahmen konnten jedoch einen Einbruch des Wirtschaftswachstums nicht verhindern: 2009 betrug dieses nur noch 5,1 Prozent, fast zwei Punkte weniger als im Jahr zuvor und vier Prozent weniger als 2007. Nach Prognosen des IWF soll dieses Tief bereits 2010 wieder überwunden sein – die indische Wirtschaft soll in diesem Jahr bereits wieder auf 6,5 Prozent Wachstum steigen (IWF 2010b).

Die Folgen der Krise sind damit jedoch noch lange nicht überwunden: Auf absehbare Zeit wird das indische Wachstum unterhalb seines Vorkrisenniveaus bleiben. Da Indien auf Grund seines starken Bevölkerungswachstums für seine Entwicklung von einem hohen Wirtschaftswachstum abhängig ist,



Mumbai Stock Exchange, Indien (Photo: glee bean, www.flickr.com)

wird dementsprechend die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau bleiben. Zudem haben die Konjunkturprogramme die indische Staatsverschuldung stark angehoben: Nachdem die Verschuldung in den fünf Jahren zuvor gesunken ist, ist sie 2009 wieder deutlich angestiegen und wird Prognosen des Economist zufolge noch bis 2012 weiter ansteigen (EIU 2010).

So hat die globale Finanzkrise durch ihre direkten Auswirkungen und die Gegenmaßnahmen, mit denen der indische Staat ihr begegnet ist, Indien eine Hypothek aufgeladen, die die soziale und ökonomische Entwicklung für mehrere Jahre belastet.

Im Herbst 2008 ging die Zahl der Beschäftigten um 3,0 Prozent zurück. Parallel sanken in vielen Bereichen die Löhne.

3.5. Südafrika

Südafrika, die größte Volkswirtschaft Afrikas und das einzige G20-Mitglied des Kontinents, hatte vor der Krise Anlass, eine positive Entwicklung aufzu-



Arbeiter auf einem LKW in Südafrika (Photo: Darrell Brandon)

Obwohl der Finanzsektor nicht an der Spekulation mit amerikanischen Subprime-Krediten beteiligt war, wurde Südafrika schwer von der Krise getroffen. weisen. 2007 war die hohe Arbeitslosigkeit zum vierten Mal in Folge gefallen. Seit vier Jahren betrug das Wirtschaftswachstum mehr als 4 Prozent. Der Finanzsektor war nicht an der Spekulation mit amerikanischen Subprime-Krediten beteiligt (EIU 2010, IWF 2009a: 19).

Trotzdem wurde Südafrika schwer von der Krise getroffen und das Land geriet in eine Rezession (IWF 2010a). Der schnellste Übertragungsweg der Krise waren auch in Südafrika die Portfolioinvestments. Während ausländische Direktinvestitionen trotz der Krise stabil blieben, verlor der *Johannesburg Stock Index (JSE)* zwischen Januar und Oktober 2008 über 50 Prozent seines Wertes. Wenn auch die ausländischen Direktinvestitionen weniger stark reagierten, gingen auch sie in der Krise deutlich zurück (South African Reserve

Bank 2009: 12). Seitdem hat sich der Aktienmarkt zwar erholt, er liegt jedoch immer noch ein Drittel unterhalb seines Höchstniveaus aus dem Winter 2007 (Bloomberg 2010).

Als sich die Aktienmärkte bereits wieder erholten, begann die Krise die südafrikanische Realwirtschaft zu erfassen. Bereits 2008 hatte sich der Exportboom des rohstoffreichen Landes verlangsamt. 2009 jedoch kehrte er sich in Folge des Rückgangs der globalen Nachfrage um. Zwar brachten die nachlassenden Ölund Lebensmittelpreise der südafrikanischen Ökonomie eine gewisse Erleichterung, weil Importe sich verbilligten. Dieser Effekt wurde jedoch überschattet durch den Rückgang der Exporte und sinkende Preise für Exportgüter Südafrikas, insbesondere Rohstoffe. Zugleich verschlechterten sich die Kreditkonditionen für südafrikanische Unternehmen und Haushalte.

Zusammen führten diese Faktoren zu einem Rückgang der Binnennachfrage, der Achillesferse des südafrikanischen Wirtschaftswachstums. Hatte es 2008 noch bei 3,1 Prozent gelegen, so kehrte es sich 2009 um und das Land rutschte in die erste Rezession seit dem Ende der Apartheid 1994. Die Wirtschaft schrumpfte um 2,1 Prozent (IWF 2010a). Parallel dazu stieg die Arbeitslosigkeit wieder. Seit Anfang 2009 sind in Südafrika eine halbe Millionen Menschen arbeitslos geworden. Das ist ein herber Rückschlag für die Bemühungen der Regierung, die extrem hohe Arbeitslosigkeit zu senken. Die Arbeitslosenrate stieg um über 2 Punkte auf insgesamt 25 Prozent (EIU 2010).

Die südafrikanische Regierung reagierte auf diese Entwicklung einerseits durch eine leichte Lockerung der Geldpolitik, insbesondere durch eine Senkung der Leitzinsen. Andererseits beschloss die Regierung ein umfassendes Konjunkturprogramm in Höhe von 787 Milliarden südafrikanischen Rand (55 Milliarden Euro), mit dem zentrale Unternehmen gestützt und umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur finanziert wurden (Reuters 2009, IWF 2009a: 8). Diese antizyklischen Maßnahmen zusammen mit dem sich weltweit ver-

bessernden Wirtschaftsklima werden Prognosen zu Folge dafür sorgen, dass Südafrikas Wirtschaft ab 2010 wieder wachsen wird: Der IWF geht von 2,4 Prozent für 2010 aus (IWF 2010a). Eine Rückkehr zu den Werten in den Jahren vor der Krise wird aber nicht einmal von den optimistischsten Vorhersagen erwartet.

Dementsprechend ist auch nur eine langsame Erholung des südafrikanischen Arbeitsmarktes zu erwarten. Zugleich hat der rezessionsbedingte Rückgang der Steuereinnahmen in Kombination mit den Kosten des Konjunkturprogramms Südafrika eine rapide steigende Staatsverschuldung beschert. Nachdem vor der Krise fünf Jahre in Folge die Staatsverschuldung verringert werden konnte, stieg sie 2009 wieder um 5,2 Prozent auf 36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dieser Trend wird nach Schätzungen noch mehre Jahre anhalten, so dass Südafrikas Staatsverschuldung 2014 47 Prozent des BIP erreichen wird (EIU 2010). Südafrika wird somit noch auf Jahre hin mit den Krisenfolgen zu tun haben.

Der Rückgang der Steuereinnahmen in Kombination mit den Kosten des Konjunkturprogramms hat Südafrika eine rapide steigende Staatsverschuldung beschert.

3.6. China

Auf den ersten Blick erscheint Chinas Ökonomie gänzlich unbetroffen von der Krise. 2009, zum Höhepunkt der weltweiten Krise, betrug das Wirtschaftswachstum hier immer noch 8,5 Prozent und schon für 2010 gehen die Prognosen wieder von zweistelligen Wachstumsraten aus. Und doch hat die Krise die chinesische Wirtschaft hart getroffen, obwohl China am Roulettespiel an den Finanzmärkten in keiner Form beteiligt war. Seine Banken, die in der Mehrheit immer noch in Staatsbesitz sind, entschieden um die Jahrtausendwende, sich nicht am spekulativen Handel mit Derivaten und anderen komplexen Finanzprodukten zu beteiligen, da sie als zu riskant eingestuft wurden (FT 2009b). Infolgedessen blieben sie vom Platzen der Spekulationsblase praktisch unberührt. Zudem ist das chinesische Finanzsystem nur wenig in die Weltfinanzmärkte insgesamt integriert - und die Wirtschaft nicht von internationalen Finanzinstitutionen abhängig.

Dennoch geriet auch China in den Abwärtssog der Krise. Die Aktienmärkte dort brachen zwischen Oktober 2007 und Oktober 2008 regelrecht zusammen: Zwischen Sommer 2006 und Oktober 2008 war Kapital im enormen Umfang nach China geflossen. Der Shanghai Composite Index hatte seinen Wert um nahezu das Sechsfache gesteigert. Als sich die Krise auf dem amerikanischen Finanzmarkt abzuzeichnen begann, drehte sich diese Entwicklung um: Zwischen Oktober 2007 und Ok-

tober 2008 verlor der *Shanghai Composite Index* in dieser Zeit 70 Prozent seines Wertes (New York Times 2010).

Nach der Pleite von Lehman Brothers im September 2008, als der chinesische



Aktienmarkt auf seinem Tiefpunkt war, erreichte die Krise auch die Realwirtschaft des Landes. Sie traf die Achillesferse seiner Wirtschaft: die Exportindustrie, die beinahe ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Jahrzehntelang war dieser Sektor in großen Sprüngen gewachsen, in den zehn Jahren vor der Krise im Schnitt um über 20 Prozent. 2008 wuchsen die Exporte nun nur noch um knapp 10 Prozent und 2009 kehrte sich das Wachstum erstmals in eine Schrumpfung von beinahe einem Zehntel um. Ab 2010 werden zwar die Exporte nach Prognosen des Economist wieder wachsen. Diese Zu-

Arbeitsmigranten (Photo: dcmaster, www.flickr.com)

Nach der Pleite von Lehmann Brothers im September 2008, als der chinesische Aktienmarkt auf seinem Tiefpunkt war, erreichte die Krise auch die Realwirtschaft des Landes. wächse, die zwischen 2010 und 2014 zwischen 5 und 9 Prozent liegen sollen, werden jedoch diesen Vorhersagen zufolge unter der Entwicklung vor der Krise bleiben (EIU 2010).

Trotzdem ist Chinas Ökonomie erstaunlich stabil geblieben. Zwar ging das Wirtschaftswachstum 2008 um 4

F上海世博会世博轴工程竣工典 2010.1.22 编型建筑 编型建筑

Arbeiter auf der Expo in Shanghai im Januar 2010 (Photo: Remo Tanis, www.flickr.com)

Dass das chinesische Wirtschaftswachstum gegenüber der Krise so resistent war, lag an der massiven Intervention des Staates.

Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr zurück, und gab 2009 noch einmal einen halben Prozentpunkt nach – aber es belief sich damit immer noch auf 8,5 Prozentpunkte und damit einen Wert, von dem die meisten Schwellen- und Entwicklungsländer nur träumen können (IWF 2010a).

Dass das chinesische Wirtschaftswachstum gegenüber der Krise so resistent war, lag an der massiven Intervention des Staates. Dieser sorgte einerseits durch eine Lockerung der Geldpolitik dafür, dass die finanziell gut aufgestellten Banken Kredite in Milliardenhöhe in die Wirtschaft pumpen konnten. Allein die Industrie- und Handelsbank ICBC vergab in den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 zusätzliche Kredite von mehr als 90 Milliarden Euro – was dem Bruttoinlandsprodukt von Neuseeland entspricht (FT 2009b). Andererseits beschloss die Regierung ein gigantisches Konjunkturprogramm in Höhe von 460 Milliarden Euro (Tagesschau 2008).

Kernstücke dieses Programms sind umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur, Umschulungen für die von der Krise besonders getroffenen Wanderarbeiter und umfangreiche Subventionen für Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft. Ein Erfolg dieses Programms war die kurzfristige Veränderung in der Zusammensetzung des Wirtschaftswachstums. Durch die großen Investitionen ist die Binnennachfrage kurzfristig soweit gestärkt worden, dass sie den Rückgang der Exporte zu einem guten Teil ausgleichen konnte (Weltbank 2009b).

Die mittel- und langfristigen Wirkungen der Gegenmaßnahmen, die die chinesische Politik im Angesicht der Krise ergriffen hat, lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen: Ob die Stärkung der Binnennachfrage und damit ein weniger exportabhängiges Wirtschaftswachstum gelingen wird ist momentan offen, ebenso wie die Frage, ob die Massen an Geld, die die chinesischen Banken in die Wirtschaft gepumpt haben, ihrerseits eine gefährliche Blase in der Binnenwirtschaft verursachen werden. Das stellt jedoch den außerordentlichen Erfolg der chinesischen Antwort auf die Krise nicht in Frage: Die Gegenmaßnahmen haben Chinas Ökonomie stark gestützt und damit Schlimmeres verhindert.

Dieser Erfolg kann aber nicht den Blick darauf verstellen, das die Krise auch in China die Gesellschaft heftig getroffen hat: Die Lohnzuwächse der Arbeiter sind in Folge der Krise zurückgegangen. Zugleich hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt deutlich angespannt. Verlässliche Daten zum Arbeitsmarkt gibt es zwar kaum. Doch Studien einzelner Arbeitsmarktsegmente belegen massive Arbeitsplatzverluste in vielen Sektoren. So haben laut einer Untersuchung des chinesischen Agrarministeriums bis Anfang 2009 etwa 15 Prozent der großen Gruppe der Wanderarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren – etwa 20 Millionen. Von ihnen hatten im März immer noch 11 Millionen keine Arbeit (Weltbank 2009a: 5).

So wurde China durch seine gute ökonomische Ausgangsposition, sein geschlossenes Finanzsystem und durch die schnellen antizyklischen Maßnahmen vor schlimmeren Auswirkungen der Krise bewahrt.

4. Die systemischen Ursachen der Krise

Auch wenn die Krise ihren Ursprung im Norden hat, ist die Frage nach ihren Ursachen auch und gerade aus Südperspektive höchst relevant. Denn nur mit einer richtigen Diagnose kann eine angemessene Therapie erfolgen. Die entwicklungspolitische Community den Industrieländern und die Akteure im Süden, Regierungen wie Zivilgesellschaft, kommen daher nicht darum herum, sich in die Auseinandersetzung um die Krisenursachen einzuschalten. Bevor wir deshalb in Kapitel 5 Reformvorschläge vorstellen, soll hier ein Blick auf die wesentlichen Ursachen des Crashs geworfen werden.

In der Diskussion über die Ursache des Crashs findet man eine Vielzahl von Erklärungen und die meisten werden kontrovers diskutiert. Das ist nicht überraschend. Denn mit der Frage nach den Wurzeln des Übels ist auch die nach der Verantwortung von einzelnen Akteuren und Akteursgruppen und handfesten Interessen verbunden. Interpretationsfragen sind Machtfragen.

Zu den gängigsten Erklärungen gehört die Rede von der Gier der Manager und von Fehlanreizen, die durch hohe Boni entstehen. Verbreitet ist auch das Argument vom Versagen der Rating-Agenturen und der Aufsichtsbehörden. Andere reden vom *easy money*, weil der ehemalige Chef der US-Notenbank *Fed*, Alan Greenspan, mit seiner Niedrigzinspolitik die Welt mit billigen Dollars geflutet und damit die Blase genährt habe.

Sicher ist nicht alles falsch an solchen Erklärungen. Natürlich gibt es Gier bei Bankern, natürlich hat die Aufsicht versagt und selbstverständlich wurde der billige Zugang zu Geld für Spekulation genutzt.

Aber man kann einen derart gigantischen Kollaps nicht monokausal aus einem einzigen *Urgrund* heraus erklä-

ren. Die genannten Faktoren – und andere – sind nur einzelne Elemente in einem übergreifenden Zusammenhang, einer Gesamtstruktur. Entscheidend ist das systemhafte Zusammenspiel von bestimmten Geschäftsmodellen, von neuen Praktiken und Instrumenten mit alten Akteuren wie Banken und neuen Spielern wie z.B. Hedge Fonds sowie die Wechselwirkung zwischen Politik und Finanzindustrie. Die Krise ist systemisch.

Mit der Frage nach den Wurzeln des Übels ist auch die nach der Verantwortung von einzelnen Akteuren und Akteursgruppen verbunden.



Was ist aber mit System gemeint? Das System der Regulierung mit Aufsichtsbehörden, Zentralbanken und IWF? Oder das gesamte Finanzsystem? Oder heißt System gar der Kapitalismus als solcher? Im nächsten Abschnitt wollen wir eine Antwort auf diese Frage versuchen.

Die US-amerikanische Zentralbank – die Federal Reserve, Washington D.C. (Photo: Adam Fagen, www.flickr.com) 38

4.1. Finanzialisierung – eine neue

Jede ernsthafte Analyse der Krise muss

mit dem fundamentalen Wandel begin-

nen, der nach dem Ende des Bretton-

Woods-Systems mit seinen festen

Wechselkursen und politischen Abspra-

chen einsetzte. Die Deregulierung und

Liberalisierung des Weltfinanzsystems, offene Märkte wurden zum Mantra der

Variante der kapitalistischen Entwicklung

Die neuen Profitquellen
– Spekulation, Arbitrage,
Verbriefung etc. – sind
zum Hauptgeschäft der
Finanzindustrie geworden.

neuen Ära. Die Mobilität des Kapitals wurde weltweit schrankenlos. Damit entstand ein hoch integrierter, transnationaler Finanzmarkt. War die Geschäftstätigkeit einer Bank oder Versicherung im Zeitalter von Bretton Woods weitgehend auf die eigene Volkswirtschaft ausgerichtet, so lagen jetzt die großen Finanzmärkte der Welt offen. Der Zugriff auf die Kredit-, Aktienund Wertpapiermärkte des riesigen

Die Weltbank in Washington D.C. (Photo: Anders Sandberg, www.flickr.com)

transnationalen Raumes ermöglichte es ehemals national operierenden Akteuren, zu *Global Playern* zu werden. Die Finanzindustrie wurde zur Avantgarde der Globalisierung und zog Handel und Produktion in ihren Sog. Der Mainstream der Wirtschaftswissen-

schaften bezeichnet den Prozess der Herausbildung dieses neuen Typs von Finanzsystem als *Finanzialisierung (financialisation)*. Die Finanzindustrie wandelte sich vom Dienstleister für die Realwirtschaft zum dominanten Sektor der gesamten Wirtschaft.

Mit der Finanzialisierung werden die konventionellen Dienstleistungen zwar auch weiterhin angeboten – meist mit saftigen Gebühren. Aber die neuen Profitquellen – Spekulation, Arbitrage, Verbriefung etc. – sind jetzt zum Hauptgeschäft der Finanzindustrie geworden. Die Masse der bewegten Vermögenswerte wuchs ins Unermessliche. Pro Börsentag wurden 3 Billionen US-Dollar allein international bewegt.

Von der Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft waren auch der Faktor Arbeit und die sozialen Sicherungssysteme betroffen. Ja, das politische System, die Demokratie, die Stellung der Gewerkschaften und alle übrigen Bereiche der Gesellschaft wurden erfasst. Ein epochaler Umbruch. Deshalb bedeutet Finanzialisierung nicht nur eine Veränderung des Finanzwesens im engeren Sinne, sondern es ist ein umfassenderer Vorgang, der die ganze Gesellschaft ergreift. Der Geist der Shareholder-Orientierung, der Geist des Maximalprofits, das vermögens- und reichtumszentrierte Denken drangen in alle Poren des gesellschaftlichen Lebens bis in die alltägliche Lebenswelt. Entstanden ist ein neuer Typus kapitalistischer Entwicklung. Er ist:

- finanzmarktgeneriert,
- finanzmarktzentriert und
- finanzmarktdominiert.

Im Sinne einer Vielzahl unterschiedlicher Varianten von Kapitalismus wäre Finanzkapitalismus demnach eine historisch spezifische Ausprägung des Kapitalismus. Sie unterscheidet sich deutlich von anderen Varianten, etwa dem skandinavischen oder chinesischen Modell.

4.1.1. Spekulation – das neue Geschäftsmodell

In der Neoklassik, die die theoretische Rechtfertigung des Finanzkapitalismus lieferte, kommt Spekulation nicht vor. Allenfalls wird sie als überholte Kategorie keynesianischer oder marxistischer Positionen abgetan. Stattdessen wird das, was in diesen Theorien als Spekulation bezeichnet wird, als Investition aufgefasst. Investition ist demnach alles, wofür auf der Grundlage einer Zukunftserwartung Vermögenswerte eingesetzt werden, um damit zu einem späteren Zeitpunkt einen Gewinn zu erzielen. Nach dieser Definition besteht also zwischen dem Bau einer Fabrik und dem Handel mit toxischen Derivaten kein Unterschied. Dem Neoliberalen ist alles Investition.

Tatsächlich existiert zwischen Investition und Spekulation aber ein bedeutender Unterschied. Zwar gilt für beide, dass sie als Ausgangspunkt eine Zukunftserwartung auf Gewinn haben, allerdings trennen sich danach ihre jeweiligen Logiken. Mit einer realwirtschaftlichen Investition wird dauerhafte Wertschöpfung ermöglicht. Es entsteht ein Unternehmen (bzw. ein existierendes expandiert), das bei einer erfolgreichen Investition zu erweiterter Reproduktion aus eigener Kraft, quasi selbsttragend und nachhaltig, in der Lage ist. Der Unternehmensgewinn speist sich dann dauerhaft aus der Aneignung des erarbeiteten Mehrwerts.

Ziel einer Spekulation dagegen ist es, eine zukünftige Differenz in den Preisen von Vermögenswerten auszunutzen. Dabei kann man sowohl mit Gütern, Unternehmen als auch mit finanziellen Vermögenswerten spekulieren. Wenn z.B. ein Bauer seine Kartoffelernte nicht auf den Markt bringt, nachdem er sie eingebracht hat, sondern ein paar Wochen wartet, also hortet, weil er damit rechnet, dass der Preis dann höher ist, dann handelt es sich um Spekulation. Neue Kartoffeln entstehen dadurch nicht. Wenn viele Kartoffelbauern das gleichzeitig tun, entsteht eine spekulative Blase, d.h. der Kartoffelpreis geht während der sechs Wochen in die Höhe, weil durch das Horten das Angebot verknappt wird. Spekulieren kann man mit

allen Gütern, wobei es natürlich Unterschiede im Ausmaß gibt, die u. a. von der Beschaffenheit des Spekulationsobjektes abhängen. Nach ein paar Monaten werden die Kartoffeln faul und damit unverkäuflich, während beispielsweise bei Gold oder auch bei schwarzem Gold (Erdöl) solche Beschränkungen nicht bestehen. Spekulation mit ganzen Unternehmen geschieht über das Geschäftsmodell der *Private Equity Fonds* (*PEFs*) sowie durch einen Teil der Unternehmensfusionen und -übernahmen (Wahl 2009: 44f.).

Zwischen Investition und Spekulation existiert ein bedeutender Unterschied.



Geschäfte dieser Art bieten enorme Gewinn-, allerdings ebenso große Verlustmöglichkeiten. Diese Dualität von großem Gewinn- und ebenso großem Verlustpotential des spekulativen Handelns in den deregulierten Finanzmärkten hat dort in den letzten Jahrzehnten zu einer wahren Explosion neuer Instrumente und Akteure geführt.

Spekulation gibt es schon sehr lange, und es wird sie auch noch lange geben. Im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaft kann sie in einigen Bereichen sogar eine nützliche Versicherungsfunktion haben (engl.: *hedging*).² Wenn sie aber Überhand nimmt, wird Wirtschaft zum Kasi-

² So können z.B. landwirtschaftliche Produzenten ihre noch nicht produzierte Ernte durch sog. Futures, also einen Vertrag, der ihnen die Abnahme der Ernte zu einem Festpreis in der Zukunft garantiert, gegen Wechselfälle des Wetters und des Marktes schützen, oder Exporteure können sich auf diese Weise gegen das Wechselkursrisiko absichern.

Börse in Frankfurt (Photo: Saibotregeel, www.flickr.com)

Wenn Spekulation Überhand nimmt, wird die Wirtschaft zum Kasino. no: "Spekulanten mögen unschädlich sein als Seifenblase auf einem steten Strom der Unternehmungslust. Aber die Lage wird ernsthaft, wenn die Unternehmungslust die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeit eines Spielsaals wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden" (Keynes 2009 [1936]: 159).



Frankfurt / Main (Photo: Andreas Wecker, www.flickr.com)

Die neuen Instrumente und Akteure haben das systemische Risiko auf den Finanzmärkten nochmals verschärft.

4.1.2. Neue Akteure, Instrumente und Organisationsformen auf den Finanzmärkten

Die neuen Instrumente und Akteure haben das systemische Risiko auf den Finanzmärkten nochmals verschärft. Dies gilt zum einen für einen neuen Akteur der Finanzmärkte – den institutionellen Investor, der zu einem der zentralen Protagonisten des Finanzkapitalismus geworden ist. Zum anderen gilt dies für die innovativen Instrumente wie Derivate und Zertifizierungen, die zu zentralen Mitteln des spekulativen Geschäftsmodells der Finanzindustrie geworden sind.

Der Begriff *neu* ist in Bezug auf den institutionellen Investor als Akteur relativ zu sehen, denn manche dieser Akteure existieren schon länger, wie etwa Hedge Fonds und Versicherungen und Pensionsfonds. Ihre Rolle und Bedeutung innerhalb des Finanzsystems hat sich jedoch gewandelt. Dies hat Konsequenzen sowohl für diese Institutionen

als auch für die Funktionsweise des Systems insgesamt. Es entsteht ein Akteurstyp, der unter dem Oberbegriff *institutionelle Investoren* zusammengefasst wird.

Das wesentliche Neue hier ist die Institutionalisierung und Professionalisierung der Eigentümerfunktion. Mit Hilfe komplexer mathematischer Modelle und neuester Datenverarbeitungs- und Kommunikationstechnik werden weltweit selbst kleinste Kursdifferenzen und andere Profitmöglichkeiten aufgespürt und dann meist hebelverstärkt (engl.: leveraged) ausgenutzt. Das heißt, mit viel Fremdkapital, an das die großen Spieler auf den Finanzmärkten dank der Regulierung und Liberalisierung immer rasch und problemlos herankamen, wurden die Profite vervielfacht - aber auch die Risiken und Verluste, wenn etwas schief ging. Hedge Fonds haben ihre spekulativen Operationen mit bis zum Dreißig- und Vierzigfachen ihres Eigenkapitals durchgeführt. 1999 war es deshalb zu einer spektakulären Pleite gekommen. Der Long Term Capital Management Fund konnte nur in einer spektakulären Aktion der Clinton-Administration mit 40 Mrd. USD gerettet und damit eine Kettenreaktion vermieden werden. Lehren wurden aus diesem Fall allerdings nicht gezogen.

Die wichtigsten institutionellen Ausformungen von institutionellen Investoren sind Investment-Banken und Investmentfonds, vom öffentlichen Publikumsfonds bis zu Private Equity und Hedge Fonds sowie Versicherungen und Pensionsfonds.

Von den weltweit 78,7 Billionen USD Vermögen wurden 2005 55 Billionen, also 70%, von institutionellen Investoren verwaltet. Davon entfallen 20 Billionen auf Pensionsfonds, 17 Billionen auf Versicherungen und 18 Billionen auf Investmentfonds (Wahl 2009: 41)

Infolge des Aufstiegs solcher Geschäftspraktiken hat sich die Umschlaggeschwindigkeit der Vermögenswerte drastisch erhöht. Durch den Wettbewerb unter den institutionellen Investoren wurden die Erwartungen an die Renditen immer höher geschraubt. Das Verhalten der einzelnen wird riskanter, die Kurzfristorientierung wird immer stärker, die systemischen Risiken nehmen dementsprechend zu.

Als Verstärker wirkt dabei noch ein Phänomen, das in der neoklassischen Theorie ebenfalls nicht vorkommt, weil sich die Marktteilnehmer in dieser Welt an rationalen Erwartungen orientieren würden, nämlich das *Herden-* oder *prozyklische Verhalten* der Akteure.

Bis zu einem gewissen Grad haben die Finanzmarktakteure die wachsenden Risiken, die ihre spekulativen Praktiken mit sich bringen, durchaus wahrgenommen. Deshalb haben sie sich auch auf Wege besonnen, ihre Renditen abzusichern. Ein Großteil der Innovationen in Form von bestimmten Finanz-Instrumenten wurde im Namen der Risikovorsorge eingesetzt. Das ist das berühmte hedging (von englisch: hedge = die Hecke), mit dem das Risiko eingehegt werden sollte. Da man darauf vertraute, dass die Verteilung des Risikos auf viele Marktteilnehmer dieses minimierbar und kontrollierbar machen würde, wurde das, wovor sie sich schützen wollten, immer wieder und in immer größerem Umfang geschaffen. Tatsächlich aber war das Risiko nicht verschwunden, es war nur versteckt - wie der Crash überdeutlich gezeigt hat.

Im Zuge dieses Trends zur Risikoabsicherung wurden zahllose neue Instrumente geschaffen bzw. bestehende weiterentwickelt. Die wichtigsten sind die Derivate und die Verbriefung (Zertifizierung) von Krediten.

Ursprünglich als eine Form von Versicherung gegen natürliche (Wetter, schlechte Ernten etc.) und ökonomische Risiken (z.B. Wechselkursschwankungen) erfunden und in dieser Form auch durchaus nützlich, hat sich die Welt der Derivate inzwischen längst von ihren Ursprüngen entfernt und dient heute in erster Linie raffinierten Praktiken des Profitmachens.

Für das Verständnis der gegenwärtigen Krise von eminenter Bedeutung ist schließlich die Kreditverbriefung. Im traditionellen Kreditzyklus vergibt die Bank Geld an einen Schuldner, kassiert dafür Zinsen und nach Ende der Laufzeit hat sie per Tilgung das verliehene Geld wieder in der Kasse. Das Gläubiger-Schuldner-Verhältnis war dauerhaft und es bestand eine wechselseitige –

wenn meist auch asymmetrische – Abhängigkeit. Verbriefung bedeutet nun, dass die Bank den Kredit in ein oder mehrere Wertpapiere umwandelt und diese Papiere dann verkauft. Der Käu-



(Photo: video4net, www.flickr.com)

fer wiederum kann das Papier weiterverkaufen. Aus dem Kredit ist ein handelbarer Vermögenswert geworden, der wie andere Wertpapiere auch, nun dem Auf und Ab an den Finanzmärkten unterworfen ist. Darüber hinaus wurden Kredite zerlegt ("tranchiert") und neu zusammengesetzt, sodass synthetische Produkte entstanden, die sog. Collateral Debt Obligations (CDOs), deren Herkunft und Risikopotential niemand mehr beurteilen konnte.

Auf diese Papiere kann man dann wiederum Derivate draufsetzen, z.B. um sich gegen das Ausfallrisiko zu schützen. Damit sind wir bei den berüchtigten *Credit Default Swaps* gelandet, die mit dem Crash als *toxische Papiere* bekannt wurden.

Für den Handel mit diesen Derivaten wurden extra Unternehmen gegründet – bzw. aus den großen Banken ausgegliedert – und aus der offiziellen Buchhaltung heraus in das Reich der unregulierten und unkontrollierten *Schattenbanken* verlagert, um sie der Bankenaufsicht zu entziehen. Bei diesen sog. *special purpose vehicles* ging es dann nicht mehr darum, sich gegen Ausfallrisiken zu versichern, sondern auf besonders hohe Renditen zu spekulieren.

Hedge Fonds haben ihre spekulativen Operationen mit bis zum Dreißigund Vierzigfachen ihres Eigenkapitals durchgeführt. Ein weiterer Teil dieses Systems sind dann die *Rating-Agenturen*, die angesichts der wachsenden Komplexität den Spekulanten einen gewissen Über- und Durchblick verschaffen sollten. Ihr Aufstieg ist Resultat der wachsenden Kom-



Börse in New York (Photo: Markus Lütkemeyer, www.flickr.com)

plexität und Intransparenz des Gesamtsystems. Letztlich konnten sie jedoch nur trügerische Sicherheit geben und wurden so zum Teil des Problems. Die Rating-Agenturen hatten das System ebenso wenig verstanden, wie all die Politiker, Banker und Ökonomen, die es bis zum Crash für so unverwundbar

hielten wie 100 Jahre vorher Kapitän Smith seine *Titanic*.

Vervollständigt wird die neue Variante kapitalistischer Entwicklung schließlich durch Dutzende von Steuerparadiesen und Offshore Zentren mit ihrem Steuergeheimnis und der Abwesenheit von jeder nennenswerten Regulierung und Aufsicht. Liechtenstein, die Schweiz, die Isle of Man, die Bermudas, die Cayman Inseln und all die anderen Jurisdiktionen, wie sie in der Finanz-Community verschämt bezeichnet werden, bilden die zwielichtige Zone zwischen Legalität und offener Kriminalität, derer sich nicht nur Steuerhinterzieher, Diktatoren, Terroristen, Drogen- und Mädchenhändler gerne bedienen, sondern die auch gern von allen großen Banken, Fonds und anderen Finanzmarktakteuren genutzt werden (Palan et al. 2010).

Während die Entwicklungsländer von Derivaten, Hedge Fonds u.ä. "Innovationen" nur indirekt betroffen sind, haben die Steuerparadiese und Offshore Zentren unmittelbare entwicklungspolitische Effekte: Sie fördern die Steuerhinterziehung und die Kapitalflucht durch einheimische Eliten und Transnationale Konzerne. Nach Schätzungen erleiden die Volkswirtschaften der Schwellen- und Entwicklungsländer allein durch Steuertricks jährliche Verluste in der Größenordnung von 350-500 Mrd. USD (Baker 2005: 172).

4.2. Wohin der Finanzmarktkapitalismus führt

Es ist diese Konfiguration aus neuen Institutionen, Instrumenten und Geschäftsmodellen, die nicht nur das Finanzsystem tiefgreifend umgewälzt, sondern auch die Wirtschaft insgesamt verändert hat. Die Finanzmärkte wurden zum Zentrum, in dessen Gravitationsfeld die gesamte Wirtschaft und – wie wir spätestens an der Krise sehen – die ganze Gesellschaft gebannt ist.

Der Umbruch hat zwar dazu geführt, dass die Ausdifferenzierung und Tiefe der Finanzmärkte enorm zugenommen hat, eine unvorstellbare Liquidität erzeugt wurde und damit auch neue Finanzierungsmöglichkeiten für die großen Unternehmen der Realwirtschaft entstanden sowie eine starke Zunahme an Finanzvermögen zu verzeichnen war (s. Box 2). Von den Protagonisten des Finanzmarktkapitalismus werden diese Punkte immer als Zunahme der Effizienz und damit als Vorzüge des Systems gepriesen.

Dem stehen aber unvergleichlich viel größere Nachteile gegenüber:

- Die systemische Instabilität des Finanzsystems ist unbeherrschbar geworden.
- Angesichts der Bedeutung des Finanzsektors hat dies die gesamte Wirtschaft destabilisiert.
- Vor dem Hintergrund der globalisierungsbedingten Verflechtungen der Volkswirtschaften ist die Instabilität zum globalen Problem geworden.
- Selbst in Zeiten, in denen das System noch krisenfrei funktionierte, war es zur gigantischen Umverteilungsmaschine geworden. Während die Reichen immer reicher wurden, kam in den Industrieländern die Armut zurück, die Einkommensverteilung wurde immer ungleicher. Selbst die Mittelschichten gerieten unter Druck, Prekarisierung breitete sich aus. Die sozialen Netze wurden löchrig, die sozialen Sicherungssysteme wurden zurückgebaut, reduzierten ihre Leistungen oder wurden privatisiert. Damit wurden ökonomisch verwundbare Schichten nicht nur weiter ausgegrenzt, auch die Krisenanfälligkeit stieg drastisch an. Heute gibt es Millionen Rentner, deren private Altersversorgung eingebrochen ist oder ganz vernichtet wurde. Fast ein Viertel des in Pensionsfonds gesparten

Kapitals, insgesamt rund 5,4 Billionen Dollar, ging 2008 infolge des Crashs verloren (Antolin/Stewart 2009: 4)

- Die Umverteilung von unten nach oben und von den öffentlichen Händen in private Kassen ist nicht nur ein Effekt der Finanzialisierung, sondern zugleich auch eine ihrer Bedingungen. Denn der den Lohnabhängigen vorenthaltene Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts erhöht wiederum die Masse des Kapitals, das nach Verwertung auf den Finanzmärkten sucht.
- Der Crash droht den Umverteilungseffekt noch zu vertiefen, wenn es nicht gelingt, die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Bevölkerung abzuwenden.
- Schließlich wucherte der Einfluss der Finanzindustrie in die Demokratie hinüber und höhlt diese aus. Bereits lange vor der Krise hat die Drohung mit der Exit-Option des hochmobilen Kapitals, d.h. die Möglichkeit innerhalb kürzester Zeit Kapital abzuziehen, Regierungen den Wünschen der Spekulanten gefügig gemacht - sofern diese je daran gedacht haben sollten, sich zu entziehen. Schon vor zehn Jahren erklärte der damalige Chef der Deutschen Bank: "Anleger müssen sich nicht mehr nach den Anlagemöglichkeiten richten, die ihnen ihre Regierung einräumt, vielmehr müssen sich die Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten" (Breuer 2000). Und aus Regierungsperspektive bestätigte der deutsche Außenminister: "Wir können nicht Politik gegen die Finanzmärkte machen und uns abkoppeln vom Rest der europäischen und globalen Wirtschaft" (Fischer 2000).
- Erst recht machte die Krise deutlich, dass die schiere Größe der Finanzindustrie ein gewaltiges Erpressungspotential darstellt. Das too big to fail hat selbst im Sturz der Banken noch sichtbar gemacht, wie abhängig die ganze Gesellschaft von ihnen geworden ist. Der Finanzsektor ist zu einem gigantischen Machtfaktor geworden, ohne dazu auch nur im Entferntesten legitimiert zu sein. Eine substantielle Veränderung wird daher nur möglich sein, wenn diese Macht gebrochen wird.

Während die Reichen immer reicher wurden, kam in den Industrieländern die Armut zurück, die Einkommensverteilung wurde immer ungleicher.

Der Finanzsektor ist zu einem gigantischen Machtfaktor geworden, ohne dazu auch nur im Entferntesten legitimiert zu sein.

Box 2: rasanter Anstieg der privaten Finanzvermögen

Die Entwicklung der privaten Finanzvermögen wird im Weltreichtumsbericht dargestellt, der von der Beratungsfirma Capgemini und der (in der Krise bankrott gegangen) Investmentbank Merrill Lynch herausgegeben wird. Er erfasst, was die üblichen Statistiken von Weltbank, UNO, OECD etc. nicht gesondert aufführen, nämlich die Kapitalvermögen der HNWIs (High Net Worth Individuals = Individuen mit hohem Nettowert), weil den Statistikern diese Personengruppe zu klein ist.

Bei den HNWIs handelt es sich um Personen mit liquidem Vermögen – also ohne Immobilien und Sachvermögen - von 1 Mio. US-Dollar aufwärts. Zwischen 1996 und 2007 hat sich deren Kapitalvermögen weltweit von 16,6 Billionen auf 40,7 Billionen USD erhöht, ein Zuwachs von 145% (Merrill Lynch/Capgemini 2008). Gleichzeitig stieg die Anzahl dieser Personengruppe von 4,5 auf 10,1 Millionen. Diese 10,1 Mio. HNWIs machen 0,16% der Weltbevölkerung aus, verfügen 2007 aber über ein Finanzvermögen, das fast das Anderthalbfache des BSP aller Entwicklungs- und Schwellenländer beträgt - also inkl. China, Indien, Brasilien etc. - zusammengenommen 28,7 Billionen USD. Natürlich gibt es mehrere Gründe für dieses Wachstum, allerdings weist der Report darauf hin, dass der Hauptgrund des rasanten Wachstums die neuen Möglichkeiten auf

den Finanzmärkten sind.

4.3. Die Rolle der globalen Ungleichgewichte

Die USA haben sich bei China verschuldet, um damit den eigenen Konsum, insbesondere den Kauf chinesischer Waren zu finanzieren.

Im Zuge der globalisierungsbedingten Vernetzung der Volkswirtschaften untereinander wird ein Problem immer akuter, das der globalen Ungleichgewichte. Gemeint sind damit starke Asymmetrien zwischen Ländern und Regionen bei wichtigen makroökonomischen oder auch sozialen Indikatoren. Der Unterschied zwischen armen und reichen Ländern ist ein solches Ungleichgewicht, aber auch Unterschiede bei Devisenreserven oder Kapitalflüssen, insbesondere Leistungsbilanzdefizite.

Die Ungleichgewichte können also bei sehr unterschiedlichen Sektoren bestehen. Dementsprechend sind ihre Ursachen, ihre Verlaufsform und ihre Auswirkungen auch sehr unterschiedlich. Gemeinsam ist ihnen jedoch allen, dass die Ungleichgewichte ein Spannungsverhältnis sind, das früher oder später zur krisenhaften Auflösung tendiert, wenn es nicht rechtzeitig bearbeitet wird.

Wenn im Zusammenhang mit der Finanzkrise die globalen Ungleichgewichte thematisiert werden, bezieht sich das auf die Leistungsbilanzdefizite, bzw. -überschüsse³ großer Volkswirtschaften, in erster Linie der USA als größtem

Defizitland und auf China, Japan und Deutschland als die größten Überschussländer.

Das Verhältnis USA-China steht dabei im Zentrum des Problems. Die USA haben seit Beginn der neunziger Jahre ein wachsendes Defizit vor allem in ihrer Handelsbilanz. 2007, dem Jahr vor Ausbruch der Krise, betrug es 700 Mrd. USD (US Census Bureau 2010a), und entsprach damit 5,0 % des BIP. Das heißt das Land importierte für 700 Mrd. USD mehr Güter als es exportierte. Der größte Teil der US-Importe kommt aus China, das 2007 einen Überschuss in Höhe von 11,7% seines BIP erzielte). Der größte Teil davon kam aus seinen Exporten in die USA, d.h. beide Volkswirtschaften sind in dieser Frage spiegelbildlich aufeinander bezogen.

Bezahlt wurde das Defizit aus US-Staatsanleihen, die vor allem die chinesische Zentralbank aufkaufte. China kam so zu einem historisch beispiellosen Devisenbestand von rund 2,4 Billionen USD im Jahr 2009 (FTD 2010a). Mit anderen Worten, die USA haben sich bei China verschuldet, um damit den eigenen Konsum, insbesondere den Kauf chinesischer Waren zu finanzieren.

Allerdings liegt diese Situation insofern auch in Chinas Interesse, als das Land mit seinen Exporten in die USA einen

³ Die Leistungsbilanz eines Landes ergibt sich aus dem Saldo zwischen Importen und Exporten von Gütern, Dienstleistungen, Rücküberweisungen und staatlicher Entwicklungshilfe.

Großteil seines eigenen Wachstums und seiner Entwicklung finanziert. Deshalb dürfte es sehr schwer sein, dieses Ungleichgewicht abzubauen.

Worin besteht nun die Verbindung zur Krise? Um das Defizit finanzieren zu können, sind die USA an niedrigen Zinsen interessiert. Andernfalls würde die Schuldenlast selbst für die USA auf die Dauer zu schwer. Die niedrigen Zinsen führten quasi als "Nebenwirkung" aber auch dazu, dass der Geldmarkt mit billigem Geld überschwemmt wurde, das nun seinerseits die Immobilienspekulation und alle anderen spekulativen Geschäftsmodelle beflügelte. Gleichzeitig erlaubten sie einen hohen Konsum der Bevölkerung, obwohl die Löhne in den USA stagnieren (FES 2006). Während die US-Amerikaner über ihre Verhältnisse konsumieren und es schafften, selbst noch im Krisenjahr 2008 eine negative Sparrate von 1% zu erzielen, leben die Chinesen im Vergleich dazu unter ihren Verhältnissen. Die Binnennachfrage macht in China gerade mal 64% des BIP aus (NSBC 2010), in den USA sind es 87% (US Census Bureau 2010b). Verknüpft mit diesem Ungleichgewicht ist das Problem der globalen Leit- und Reservewährung. Noch immer ist der Dollar die globale Leitwährung. Das hat für die USA den Vorteil, dass sie sich als einziges Land der Welt in der eigenen Währung im Ausland verschulden und auch noch ihren Außenhandel in der eigenen Währung abwickeln können. Sie haben damit kein Wechselkursrisiko und geringere Transaktionskosten als jedes andere Land, das sich im Ausland verschuldet bzw. Außenhandel treibt. Hinzu kommt, dass ein Mechanismus, der normalerweise hoch verschuldete Länder erfasst, bei den USA außer Kraft gesetzt ist: die Abwertung der heimischen Währung. Da der Dollar die globale Leit- und Reservewährung ist und nach wie vor die Nummer eins als Vermögensspeicher auch für Nicht-Amerikaner,4 hat der Dollar in der Krise nicht abgewertet.

Der Abbau der globalen Ungleichgewichte erfordert in den Volkswirtschaften, die sie verursachen, Strukturveränderungen, die sehr tiefgehend sein können und nicht über Nacht durchzuführen sind. Daher ist es nicht verwunderlich, dass es zunächst mit gegenseitigen Schuldzuweisungen und Forderungen an die jeweils andere Seite versucht wird. Während z.B. die USA von China fordern, den Wechselkurs des Yuan freizugeben, den die USA für unterbewertet halten,5 kontert China inzwischen mit dem Vorschlag, den Dollar als Leitwährung durch eine neutrale Verrechnungseinheit, wie die Sonderziehungsrechte des IWF, zu ersetzen.6

Eine ähnliche Diskussion ist in der EU entstanden. Im Zusammenhang mit der Schuldenkrise Griechenlands haben inzwischen mehrere EU-Länder, darunter Frankreich, den deutschen Handelsüberschuss kritisiert, weil er zu Lasten der Partner in Europa geht. In der Tat hat die Bundesrepublik durch ihre harten neoliberalen Reformen inzwischen den Faktor Arbeit so geschwächt und die Sozialleistungen so reduziert, dass die deutsche Exportindustrie sich auf diesem Weg beträchtliche Wettbewerbsvorteile verschaffen konnte. Da inzwischen fast 50% des deutschen BIP im Exportsektor erwirtschaftet wird, ist hier auch aus binnenwirtschaftlicher Sicht ein extremes Ungleichgewicht entstanden. Dessen Abbau wird vor allem für das Kapital einige schmerzhafte Anpassungsleistungen erfordern wird. Denn die deutsche Volkswirtschaft wird von ihrer neo-merkantilistischen Orientierung nur herunterkommen, indem sie die Binnennachfrage steigert. Dazu müssen Löhne und Transferleistungen erhöht werden und damit die Verteilungsgerechtigkeit verbessert werden. Der Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts liegt also auch im Interesse der lohnabhängigen und prekarisierten Schichten der Gesellschaft.

Der Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts liegt auch im Interesse der Iohnabhängigen und prekarisierten Schichten der Gesellschaft.

⁴ Die Beliebtheit der US-Währung als Vermögensspeicher hat zudem außerökonomische Gründe, wie die Bedeutung des Privateigentums im Selbstverständnis der Amerikaner und die militärische Stärke des Landes, mit dem das Privateigentum ggf. geschützt werden kann.

⁵ Und der deshalb die chinesischen Exporte sehr billig und damit wettbewerbsfähig macht.

⁶ Die Sonderziehungsrechte sind eine künstliche Verrechnungseinheit, deren Wert auf der Basis mehrerer Währungen berechnet wird.

5. Alternativen – das Kasino schließen oder sicherer machen?



Demonstration, Paris im November 2008 (Photo: Francois Bouchet, www.flickr.com)

Die Finanzindustrie setzt ihre ganze Macht ein, um gegen jede substantielle Reform Sturm zu laufen. Die Krise hat eine höchst intensive Diskussion über Reformen entfacht. Hunderte von Vorschlägen zirkulieren in Medien, bei Fachgesprächen und in politischen Gremien. So wie die Analyse der Ursachen umstritten ist und meist offen oder unausgesprochen die Gemengelage widerstreitender Interessen reflektiert, so ist auch die Debatte um Alternativen unübersichtlich und von vielen Widersprüchen durchzogen.

Die wichtigsten multilateralen Gremien, in denen Reformen diskutiert und z.T. konkret ausgearbeitet werden, sind die *G20*, der *Baseler Ausschuss zur Bankenregulierung*, die UN-Kommission unter Vorsitz von Joseph Stiglitz, das *Financial Stability Board* ⁸ und die EU. Darüber hinaus gibt es auch Reformbemühungen auf nationalstaatlicher Ebe-

ne, wobei vor allem den USA hier eine herausragende Bedeutung zukommt. Bisher allerdings (Anfang 2010), sind nur wenige praktische Schritte gegangen worden. Einiges ist eingeleitet worden, wie z.B. mehrere Richtlinien der EU, u.a. zur Regulierung von Hedge Fonds und Private Equity Funds, zu Derivaten, zu Rating-Agenturen und zur Verbesserung der Aufsicht. Der Baseler Ausschuss bereitet neue Standards zur Eigenkapitalvorsorge und Risikomanagement vor, und die Stiglitz Kommission hat ein umfangreiches Reformpaket vorgelegt.

Insgesamt aber gibt es bisher nur geringe Verbesserungen. Die Finanzindustrie setzt ihre ganze Macht ein, um gegen jede substantielle Reform Sturm zu laufen. In einer Mischung von Überforderung und Reformunwillen ist die Politik nicht in der Lage, der Blockadepolitik der Branche etwas entgegenzusetzen. Und von sozialen Bewegungen, Protest und Widerstand von unten ist bisher ebenfalls nicht viel zu spüren. Um bei der Unübersichtlichkeit der Re-

Um bei der Unübersichtlichkeit der Reformdebatte nicht völlig die Orientierung zu verlieren, ist es zunächst sinnvoll, einige grundlegenden Kriterien zu formulieren, an denen die Vielzahl der Einzelvorschläge gemessen werden kann. Diese Kriterien sind:

- a. das Kasino schließen, Finanzindustrie schrumpfen und deglobalisieren,
- b. demokratische Kontrolle der Finanzmärkte,
- c. Umverteilung von oben nach unten, d. systemische Stabilität gewährleisten.

⁷ Dieser Ausschuss ist bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel angesiedelt. Er besteht aus Vertretern der Zentralbanken und Aufsichtsbehörden der OECD-Länder.

⁸ Beratungsgremium der G20, in dem Zentralbanken und Aufsichtsbehörden der Mitgliedsländer vertreten sind.

5.1. Das Kasino schließen – den Finanzsektor

schrumpfen und deglobalisieren

Das erste grundsätzliche Kriterium dieser Art ist die Frage, ob man das Kasino schließen will, oder ob es man es weiter betreiben will, vielleicht etwas sicherer für die Spieler, d.h. die Investoren/Spekulanten. Wird das Kasino in modifizierter Form weiterbetrieben, wird es über kurz oder lang erneut zu eine Crash kommen. Daher ist dem Urteil der UNCTAD zuzustimmen: "Nichts außer der Schließung des großen Kasinos wird eine dauerhafte Lösung bringen" (UNCTAD 2009a: 60).

Dahinter steht die Erkenntnis, dass die liberalisierten und deregulierten Finanzmärkte in ihrer gegenwärtigen Form zu einem nicht mehr beherrschbaren, geschichtsmächtigen Faktor geworden sind. Hier liegt der sachliche Kern der Metapher vom Monster, mit der der deutsche Bundespräsident und ehemalige IWF-Chef, Horst Köhler, die Finanzmärkte zu bezeichnen pflegt. Der Glaube, man könne durch angemessenes Risikomanagement das Monster unter Kontrolle halten, hat sich als Illusion erwiesen.

Das wusste auch schon Keynes. Während er ein vehementer Verfechter der Globalisierung des Handels war, wollte er gleichzeitig die Finanzmärkte unter nationalstaatlicher Kontrolle halten. Lieber mehrere kleine Raubtiere, denen der Nationalstaat mit seinen über Jahrhunderte entstandenen Mitteln der Regulierung jeweils als Dompteur gewachsen ist, als ein globales Monstrum, das zu bändigen niemand mehr in der Lage ist. So schlug er vor, dass "die Kontrolle der Kapitalbewegungen, sowohl Zu- als auch Abflüsse ein dauerhaftes Merkmal des Nachkriegssystems sein sollte" (Keynes 1942: 9). Er wollte "einen Mechanismus für die Wechselkurskontrolle, auch wenn alle Zahlungen für den laufenden Handel erlaubt sein sollten" (Keynes 1941: Appendix C). Die Nationalstaaten "sollten uneingeschränkte Kontrolle über die Kapitaltransaktionen – Zuflüsse wie Abflüsse – ihrer Bürger haben" sowie das Recht, "unerlaubte Transaktionen zu verhindern" (ibid.).

Es geht also darum, dass

 die Globalisierung der Finanzmärkte bis zu einem gewissen Grad zurückgefahren und der jetzt weitgehend unbeschränkte freie Fluss der Kapitalströme kontrolliert wird. Das wäre eine selektive Deglobalisierung;



 der Finanzsektor geschrumpft wird. Schon allein die schiere Masse an Kapital auf den Märkten übt einen enormen Renditedruck aus. Im Grunde besteht eine Überliquidität, die zurückgeführt und in die Realwirtschaft umgelenkt werden muss.

Im Kern geht es darum, die Macht der Finanzmärkte über die Realwirtschaft und die Gesellschaft zu brechen und eine demokratische Gestaltung der Wirtschaft, orientiert an Stabilität, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Zukunftsfähigkeit zu ermöglichen.

Konkrete Instrumente, dieses Ziel zu erreichen, sind u.a. Kapitalverkehrskontrollen (KVK), d.h. die Einschränkung und Lenkung von grenzüberschreitenden Kapitalflüssen – Zuflüsse wie Abflüsse – nach Bedürfnissen einer Volkswirtschaft. Es gibt marktnahe KVK, wie die Besteuerung von grenzüberschreitenden Kapitaltransaktionen durch eine Finanztransaktionssteuer (s. Box 3), Depotpflicht,⁹ oder rein

⁹ Bei der Depotpflicht muss ein Teil des Kapitals bei der Zentralbank für einen bestimmten Zeitraum, z.B. ein Jahr, hinterlegt werden. Danach wird es freigegeben. Damit wird die kurzfristige Spekulation wie Carry Trade oder Wechselkursspekulation erschwert oder gänzlich unrentabel gemacht.

Das Bankentribunal in Berlin im April 2010 (Photo: attac, www.attac.de)

Die liberalisierten und deregulierten Finanzmärkte sind in ihrer gegenwärtigen Form zu einem nicht mehr beherrschbaren, geschichtsmächtigen Faktor geworden.

48

Die großen Privatbanken müssen entflochten werden.

administrative, wie die Festlegung von Obergrenzen oder das vorübergehende Verbot von Abflüssen.

Darüber hinaus ist die Errichtung eines starken öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektors wesentlicher Teil einer Strategie, die es demokratischer Politik erlaubt, wieder die Souveränität über das Finanzsystem zu gewinnen.

Außerdem müssen die großen Privatbanken entflochten werden. Wenn sie zu groß sind, um scheitern zu können (too big to fail), müssen sie verkleinert bzw. aufgespalten werden, bis von einem

Bankrott keine systemischen Folgen mehr ausgehen.

Um die Asymmetrie zwischen transnational operierenden Finanzmarktakteuren und den auf den Rahmen des Nationalstaates beschränkten Möglichkeiten der Politik aufzuheben, muss multilaterale Kooperation zwischen den Regierungen an die Stelle nationaler Standortkonkurrenz treten. Der Wettbewerb der Standorte eröffnet der Finanzindustrie die Möglichkeit, die Staaten gegeneinander auszuspielen. Daher sollte eine Art Bretton Woods 2.0, natürlich an die Situation des 21. Jahrhunderts angepasst, etabliert werden.

Box 3: Die Finanztransaktionssteuer

Die Finanztransaktionssteuer (FTT) ist durch die Finanzkrise zu einem prominenten Thema auf der Reformagenda geworden. Selbst führende Politiker haben sich inzwischen dafür ausgesprochen, darunter Angela Merkel, Nicolas Sarkozy, Gordon Brown.

Mit der FTT wird der Handel mit allen Arten von Finanzvermögen besteuert: Aktien und alle Wertpapiere wie Anleihen, Schatzbriefe, Zertifikate, Derivate etc. Andere Kategorien von Finanztransfers, wie der alltägliche Zahlungsverkehr und das Kreditwesen, sind nicht betroffen. Das gilt auch für den Interbankenverkehr, Zentralbankgeschäfte und Auslandsüberweisungen von Arbeitsemigranten.

Im Grunde ist die FTT mit der Umsatzsteuer zu vergleichen. Doch während der Kauf und Verkauf von jedem Pfund Butter und jedem T-Shirt mit der Mehrwertsteuer belegt ist, ist der Handel mit Finanzvermögen steuerfrei. Ein gigantischer Duty Free Shop für alle, die es sich leisten können, dort Shopping zu gehen.

Mit der FTT könnten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: a. Sie würde eine Lenkungswirkung haben und die Spekulation reduzieren. Ein großer Teil der spekulativen Geschäfte nutzt selbst kleinste Kursschwankungen in der Größenordnung von einem hundertstel Prozent aus. Wenn dabei hebelverstärkt gearbeitet wird, d.h. Fremdkapital eingesetzt wird, bestehen bei einem Einsatz von mehreren Hundert Millionen bereits beträchtliche Renditechancen, vor allem wenn diese Geschäfte immer wieder kurzfristig wiederholt werden.

b. Bei einem entsprechenden Steuersatz von z.B. 0,1% würde ein großer Teil dieser Geschäfte bereits unterbleiben, weil sie unrentabel wären. Selbst bei einem geringen Steuersatz würde die FTT angesichts der gigantischen Umsätze an den Finanzmärkten beträchtliche Einnahmen bringen. In einem Szenario, bei dem sich das Handelsvolumen als Effekt der Steuer mäßig reduziert, würde ein Steuersatz von nur 0,1% zu einem Ertrag von 734,8 Mrd. US-Dollar weltweit führen. In Europa wären es 321,3 Milliarden und in Nordamerika 313,6. Selbst der gigantische Anstieg des US-Haushaltsdefizits könnte damit binnen acht Jahren komplett aus der FTT bezahlt werden. In Europa in noch kürzerer Zeit. Außerdem könnte die FTT damit eine großen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Güter wie Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit leisten.

Die Erhebung der Steuer ist technisch sehr einfach und kostengünstig machbar, denn alle Transaktionen werden auf elektronischen Plattformen registriert. Eine einfache elektronische Kennzeichnung könnte die Steuereinnahmen automatisch zum Finanzamt weiterleiten. Eine Hinterziehung oder Umgehung ist unwahrscheinlich, da die Umgehung der Plattformen teurer kommt als die Steuer.

Die FTT kann auch regional eingeführt werden, z.B. in der EU oder in der Eurozone. Zivilgesellschaftliche Akteure engagieren sich stark für die FTT und führen Kampagnen für ihre Einführung durch (siehe z.B. www.makefinancework.org).

5.2. Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte

Ein zweites wichtiges Kriterium zur Beurteilung von Reformen ist es, ob eine Maßnahme dazu beiträgt, die Erosion der Demokratie, die durch den Einfluss der Finanzmärkte hervorgerufen wurde, zu stoppen.

Dazu gehören u.a. folgende Maßnahmen:

- die Aufsichtsbehörden sind umfassend zu stärken, juristisch, personell und finanziell. Solange die Unterausstattung der Aufsicht dazu führt, dass die Finanzindustrie Hase und Igel mit ihr spielen kann, ist eine demokratische Kontrolle unmöglich;
- die Aufsichtsbehörden müssen international eng miteinander kooperieren und so schlagkräftig werden, dass sie den transnational operierenden Spielern auf den Finanzmärkten wirkungsvoll entgegentreten können;
- alle Akteure auf den Finanzmärkten sind der Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden zu unterwerfen. Alle Formen von Schattenbanken und außerbilanzlichen Verfahren und intransparenten Geschäftsmodellen sind zu verbieten;
- der außerbörsliche Handel mit Derivaten (over the counter) muss über eine öffentliche Institution, z.B. eine Clearingstelle, abgewickelt, die von der Aufsicht kontrolliert werden kann;
- für alle Produkte und Geschäftsmodelle ist Transparenz herzustellen.
 Sog. Innovationen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsicht und sind verpflichtet, eine unabhängige Folgenabschätzung (Finanzmarkt-TÜV) zu durchlaufen;

 die multilateralen Organisationen und Gremien wie IWF, Weltbank, G20 etc. sind zu demokratisieren;



- das multilaterale Governance System muss dezentralisiert und durch starke regionale Strukturen ergänzt werden;
- Arbeitsrechte müssen gestärkt werden. Gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebungen müssen rückgängig gemacht werden.
- Beschäftigten, Gewerkschaften, Konsumenten und anderen Stakeholdern müssen Mitbestimmungsrechte bei unternehmerischen Entscheidungen verliehen, Schritte in Richtung Wirtschaftsdemokratie gegangen werden.

Demonstration beim G20 Gipfel, London im April 2009 (Photo: David Jones, www.flickr.com)

Die Erosion der Demokratie, die durch den Einfluss der Finanzmärkte hervorgerufen wurde, muss gestoppt werden.

5.3. Umverteilen

Das System des Finanzmarktkapitalismus hat, wie in Kapitel 4.2. dargestellt, eine verteilungspolitische Dimension von enormer Bedeutung. Es führt zu einer Vertiefung der sozialen Polarisierung, während die Konzentration großer Finanzvermögenswerte wiederum permanenten Verwertungsdruck erzeugt, der dazu beiträgt, das Kasi-

no anzutreiben. Deshalb ist ein drittes Kriterium zur Beurteilung von Finanzmarktreformen deren verteilungspolitische Effekte.

Neben Instrumenten wie der FTT, die durch die Steuereinnahmen auch eine verteilungspolitisch interessante Seite hat, ist es wichtig, hohe Einkommen und große Vermögen progressiv zu besteuern. Das reduziert nicht nur den Verwertungsdruck auf der Seite der Reichen, sondern erweitert durch die Steuereinnahmen zugleich die Umverteilungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand.



Demonstration beim G20 Gipfel, London im April 2009 (Photo: David Jones, www.flickr.com)

Vor allem die öffentliche Daseinsvorsorge muss unter öffentlicher Kontrolle stehen. Gleichzeitig ist die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zu stoppen und rückgängig zu machen. Vor allem die öffentliche Daseinsvorsorge - Gesundheits- und Rentensysteme, Bildung sowie die wichtigsten Infrastrukturbereiche wie Energie, Wasser, Entsorgung, Verkehr – müssen unter öffentlicher Kontrolle stehen. Die Finanzmassen, die in diesen Sektoren bewegt werden, lassen jedem Spekulanten das Wasser im Mund zusammenlaufen. Sie sind aber für die Gesellschaft und jeden Einzelnen zu wichtig, als dass sie zum Spielball privater Profitinteressen werden dürfen. Dies umso mehr, als diese Bereiche für die soziale und ökologische Modernisierung eine Schlüsselstellung haben.

Schließlich ist in großen Überschussländern wie Deutschland die Binnennachfrage zu stärken. Dies trägt zur Reduzierung der globalen Ungleichgewichte bei und stärkt die Arbeitseinkommen.

Schließlich muss die Nord-Süd Dimension der Verteilungsproblematik in die Reformpolitik integriert werden. Das bedeutet insbesondere:

- Die neoliberalen Strukturanpassungsauflagen von IWF und Weltbank, mit der vielen Entwicklungsländern in den vergangenen zwei Jahrzehnten das neoliberale Modell aufgezwungen wurde, sind zu beenden. In der Krise hat sich gezeigt, dass Länder, die den neoliberalen Kurs nicht mitgemacht hatten oder sich davon gelöst haben wie China, Indien, Malaysia besser davongekommen sind.
- Stattdessen ist eine Pluralität der Entwicklungsmodelle zu akzeptieren, wobei jedes Land das Recht hat, seinen Kurs selbst zu wählen.
- Liberalisierungsmaßnahmen, die die Verwundbarkeit der Entwicklungsländer erhöhen, müssen unterbleiben. Daher muss z.B. der Druck der EU auf Entwicklungs- und Schwellenländer, im Rahmen des Dienstleistungsabkommens der WTO (GATS) ihre Finanzdienstleistungssektoren zu liberalisieren und zu deregulieren, beendet werden.
- Die armen Länder brauchen eine rasche Entschuldung. Die internationalen Finanzspritzen, die sie für antizyklische Maßnahmen zur Abfederung der Krisenfolgen erhielten, dürfen nicht zu einer Neuverschuldung führen. Sie sind daher ggf. als Schenkung zu gewähren. Schließlich haben nicht sie die Krise verursacht.
- Der Handel mit agrarischen Rohstoffen, die für die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern wichtig sind, ist jeglichem Zugriff durch Spekulanten zu entziehen. Institutionellen Investoren ist daher der Zugang zum Handel mit den entsprechenden Futures u.a. Instrumenten zu verwehren.
- Bei den Transferzahlungen zur Entwicklungshilfe sind die Zusagen einzuhalten, und zwar nicht nur in Prozent des BIP der Geberländer, sondern auch in absoluten Zahlen. Die zusätzlichen Lasten durch den krisenbedingten Anstieg der Armut sind durch zusätzliche Zahlungen zu kompensieren. Die Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 ist zu garantieren.

51

Stabile Finanzmärkte sind ein öffentliches Gut. Alle Maßnahmen, die dazu beitragen, die systemische Stabilität zu erhöhen, sind daher gut und verdienen, auch von der Zivilgesellschaft unterstützt zu werden. Die in den vorherigen Abschnitten dargestellten Vorschläge sind in der Regel zugleich auch Beiträge zur Stabilität des Finanzsystems. Darüber hinaus ist es wichtig,

- die Eigenkapitalanforderungen an Banken und alle anderen institutionellen Investoren zu erhöhen;
- die Hebelverstärkung zu begrenzen;
- das Risikomanagement zu verbessern, insbesondere makroökonomische Risiken zu integrieren;
- Hedge Fonds, Private Equity Funds (die sog. Heuschrecken) u.a. hochspe-

kulative Geschäftsmodelle zu verbieten, da sie keinerlei volkswirtschaftlichen Nutzen haben, ausschließlich der Bereicherung dienen und ein systemisches Risiko sind; die den Private Equity Fonds zugeschriebene Nutzen, Risikokapital bereitzustellen, kann viel besser durch öffentliche Entwicklungsbanken erreicht werden;

- den Handel mit Derivaten streng zu regulieren;
- ein öffentlich kontrolliertes Rating-System zu etablieren;
- die Offshore-Zentren und Steuerparadiese in ihrer ökonomischen Funktion auszuschalten und das Bankgeheimnis gegenüber den Aufsichtsbehörden abzuschaffen.

Stabile Finanzmärkte sind ein öffentliches Gut.

5.5. Eine Periode der Transformation

Natürlich lässt sich das hier skizzierte Reformprogramm nicht in ein paar Monaten, nicht einmal in wenigen Jahren umsetzen. Auch die Herausbildung des Finanzmarktkapitalismus war ein langer und keineswegs geradliniger Prozess. Das wird bei seiner Transformation in ein anderes System nicht anders sein. Man muss sich also auf eine langwierige Auseinandersetzung um substantielle Reformen einstellen. Dabei wird es Irrwege und Rückschläge geben. Aber längerfristig führt kein Weg daran vorbei, das alte System zu überwinden.

Es hat nicht funktioniert, nicht einmal im Sinne seiner Erfinder, und selbst wenn seine Protagonisten es noch für einige Zeit mit *Business as usual* versuchen – es wird erneut scheitern.

Wie lange der Transformationsprozess dauert, wird aber in hohem Maße auch davon abhängen, wie viel Druck es von unten aus der Gesellschaft gibt. Wird der Prozess vor allem aus Reformen von oben bestehen, wird es länger dauern und die Kosten für die Allgemeinheit werden hoch sein. Daher ist die Einmischung der Zivilgesellschaft unverzichtbar.

Längerfristig führt kein Weg daran vorbei, das alte System zu überwinden.

Literatur

- Ackermann, Josef (2007): "Internationale Finanzmärkte Transparenz und Stabilität im 21. Jahrhundert." Rede vom 20.07.2007. Verfügbar im Internet [Stand 12.03.2010]: http://www.deutsche-bank.de/presse/de/downloads/SPDStabilitaet_und_Transparenz_20.06. 07.pdf
- **Altvater, Elmar (2005):** Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Akyüz, Yilmaz (2008): The Global Financial Turmoil and Asian developing Countries. Penang: Third World Network. Verfügbar im Internet [Stand: 12.03.2010]: www.twnside.org.sg/title2/ge/ge11.pdf
- Antolín, P. and F. Stewart (2009): Private Pensions and Policy Responses to the Financial and Economic Crisis, OECD Working Papers on Insurance and Private Pensions, No. 36, OECD publishing. Paris. Verfügbar im Internet: http://www.oecd.org/dataoecd/37/54/42601323.pdf
- **Baker, Raymond (2005):** Capitalism's Achilles Heel: Dirty Money and How to Renew the Free-Market System. Hoboken, NJ: Wiley.
- Banco Central Do Brasil (2009): "Brazil at the Outset of the Crisis" (Powerpoint Presentation). Verfügbar im Internet [Stand 12.03.2010]: http://www4.bcb.gov.br/pec/appron/apres/HM_NY_ago-sto2009_v11.pdf
- **Bank for International Settlements (2008a):** "Amounts outstanding of over-the-counter (OTC) derivatives." Verfügbar im Internet [Stand: 8.03.2010]: www.bis.org/statistics/otcder/dt1920a.pdf.
- Bank for International Settlements (2008b): 78th Annual Report. Basel: Bank for International Settlement. Verfügbar im Internet [Stand 15. 01.2010]: http://www.bis.org/publ/arpdf/ar2008e.pdf?noframes=1
- Bank of India (2009): Reserve Bank of India Annual Report 2008-09. Verfügbar im Internet [Stand 02.02.2010]: http://rbidocs.rbi.org.in/rdocs/AnnualReport/PDFs/IRAR200809_Full.pdf
- **Bischoff, Joachim (2009):** Jahrhundertkrise des Kapitalismus. Abstieg in die Depression oder Übergang in eine andere Ökonomie? Hamburg: VSA.
- **Bloomberg (2010):** "JSE AFRICA ALL SHR" (Datenbank). Verfügbar im Internet [Stand 02.02.2010]: http://www.bloomberg.com/apps/cbuilder?ticker1=JALSH%3AIND
- Breuer, Ernst H. (2000): "Die Fünfte Gewalt." In: Die ZEIT 18.5.2000.
- CPB Netherlands Bureau for Economic Analysis (2010): "The Great Recession. CPB About the Credit Crisis" (Datenbank): "Fig 3.2 Worldtrade has exploded in the past thirty years." Verfügbar im Internet [Stand: 8.02.2010]: http://www.cpb.nl/eng/data/degroterecessie/
- Central Bank of Kenya (2010): "Remittances from Diaspora." Verfügbar im Internet [Stand: 8.02.2010]: http://www.centralbank.go.ke/forex/Diaspora_Remit.aspx
- Central Bank of Nigeria (2009): Economic Report of the First Half of 2009. Verfügbar im Internet [Stand:12.12.2009]: http://www.cenbank.org/OUT/PUBLICATIONS/REPORTS/RSD/2009/HALF%20YEAR%202009%20DRAFT2.PDF
- **DIE Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (2008):** Wundermittel FDI? Der Entwicklungsbeitrag ausländischer Direktinvestitionen. Verfügbar im Internet [Stand 15.02.2010]: http://www.diegdi.de/CMShomepage/openwebcms3.nsf/%28ynDK_contentByKey%29/ANES7QQDNW/\$FILE/AuS% 2012.2008.pdf
- **Economist (2009):** Getting it Together at Last. A Special Report on Business and Finance in Brazil. Verfügbar im Internet (mit Zugangsbeschränkung) [Stand 05.01.2010]: http://www.economist.com/specialreports/displaystory.cfm?story_id=14829485
- **EIU Economist Intelligence Unit (2009a):** Country Report Nigeria. July 2009. Verfügbar im Internet (mit Zugangsbeschränkung) [Stand: 7.3.2010]: http://countryanalysis.eiu.com/
- **EIU Economist Intelligence Unit (2010):** "EIU Marketindicators & Forecasts Database" (Datenbank). Verfügbar im Internet (mit Zugangsbeschränkung) [Stand: 7.3.2010]: http://store.eiu.com/product/926072292.html
- FAO Food and Agricultural Organisation (2010): "Food Pice Indices" (Datenbank). Verfügbar im Internet [Stand 7.03.2010]: http://www.fao.org/worldfoodsituation/FoodPricesIndex/en/
- **FES Friedrich Ebert Stiftung:** *Increasing Inequality in the United States.* Verfügbar im Internet [Stand 19.03.2010]: http://www.cepr.net/documents/publications/faf_2006_11.pdf
- Fischer, Joschka (2003): Interview in der Frankfurter Rundschau, 30.9.2003.
- Frot, Emmanuel (2009): "Aid and the financial crisis: Shall We Expect Development Aid to Fall?" Verfügbar im Internet [Stand 7.03.2010]: http://www.voxeu.org/index.php?q=node/3562
- FT Financial Times (2009a): "Nigeria takes control of five banks." In: Financial Times London, 15.09.2009: 6.
- FT Financial Times (2009b): "Asia banks for a world turned upside down." Financial Times London, 15.09.2009: 15.
- FT Financial Times (2009c): "Call goes out to foreign investors." In: Financial Times London, 17.12.2009: 6.

- FTD Financial Times Deutschland (2010a): "China besitzt 2400 Milliarden Dollar." Verfügbar im Internet (mit Zugangsbeschränkung) [Stand: 18.3.2010]: http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/:rekordreserven-china-besitzt-2400-mrd-dollar/50060869.html
- **FTD Financial Times Deutschland (2010b):** "Die Serie von Banken-Pleiten in den USA geht weiter." Verfügbar im Internet (mit Zugangsbeschränkung) [Stand: 7.3.2010]: http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/:serie-von-banken-pleiten-in-usa-geht-weiter/50085216.html
- ICRIER Indian Council for Research on International Economic Relations (2009): The State of the Indian Economy 2009-10. Verfügbar im Internet [Stand: 12.03.2010]: http://www.icrier.org/publication/Workingpaper241.pdf
- **ILO International Labour Organization (2010):** *Global Employment Trends 2010.* Geneva: ILO. Verfügbar im Internet [Stand 7.03.2010]: http://www.ilocarib.org.tt/portal/images/stories/contenido/pdf/LabourandEmployment/GET2010%20V7.pdf
- IWF Internationaler Währungsfonds (2009a): 2009 Article IV Consultation—Staff Report; Staff Statement and Supplement; Public Information Notice on the Executive Board Discussion; and Statement by the Executive Director for South Africa. Verfügbar im Internet [Stand 7.03.2010]: http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2009/cr09273.pdf
- **IWF-Internationaler Währungsfonds (2009b):** Global Financial Stability Report. Navigating the Financial Challenges Ahead. October 2009. Washington, DC: International Monetary Fund. Verfügbar im Internet [Stand 7.03.2010]:
- http://www.imf.org/external/pubs/ft/gfsr/2009/02/pdf/text.pdf
- **IWF Internationaler Währungsfonds (2009c):** *World Economic Outlook Sustaining the Recovery. October 2009.* Washington DC: International Monetary Fund. Verfügbar im Internet [Stand 7.03.2010]:
- http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/02/index.htm
- **IWF Internationaler Währungsfonds (2010a):** "IMF Data Mapper." (Datenbank). Verfügbar im Internet [Stand: 12.03.2010]: http://www.imf.org/external/datamapper/index.php
- IWF Internationaler Währungsfonds (2010b): World Economic Update. An Update of the Key WEO Projections. Verfügbar im Internet [Stand: 12.02.2010]: http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/update/01/pdf/0109.pdf
- Keynes, John M. (2009 [1936]): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin: Duncker und Humblot.
- Keynes, John Maynard (1980 [1941]): "Proposals for an International Currency Union (Second Draft, November 18,1941)" In: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Volume XXV, Activities 1940-1944, Shaping the Post-war World: the Clearing Union. London: MacMillan 42-66.
- Merrill Lynch/Capgemini (2008): World Wealth Report 2008. Verfügbar im Internet [Stand: 18.03.2010]: http://www.us.capgemini.com/worldwealthreport08/
- **Merrill Lynch/Capgemini (2009):** *World Wealth Report 2009.* Verfügbar im Internet [Stand: 12.03.2010]: http://www.us.capgemini.com/worldwealthreport09/
- Ministère de l'Economie de l'Industrie et de L'Emploi (2010): Rapport du Groupe de travail sur la volatilité des prix du pétrole. Sous la présidence de Jean Marie CHEVALIER. Paris.
- Nairobi Stock Exchange (2009): "Monthly Statistical Bulletin October 2009." Verfügbar im Internet [Stand: 9.12.2009]: http://www.nse.co.ke/newsite/pdf/Year%202009/Bulletins/October%202009.pdf
- Nairobi Stock Exchange (2010): "Monthly Statistical Bulletin February 2010." Verfügbar im Internet [Stand:12.03.2010]: http://www.nse.co.ke/newsite/pdf/Year%202010/Bulletins/February%202010.pdf
- NBSC National Bureau of Statistics of China (2010): "Statistical Communiqué of the People's Republic of China on the 2009 National Economic and Social Development." Verfügbar im Internet [Stand:12.03.2010]: www.stats.gov.cn/english/newsandcomingevents/t20100226_402623115.htm
- **New York Times (2010):** "Markets" (Datenbank). Verfügbar im Internet [Stand:12.02.2010]: http://markets.on.nytimes.com/research/markets/overview/overview.asp
- **ODI Overseas Development Institute (2009):** *Global Financial Crisis Discussion Series Paper 8: Nigeria.* Verfügbar im Internet [Stand:12.12.2009]: http://www.odi.org.uk/resources/download/3310.pdf
- OECD Organisation for Economic Co-operation and Development (2010a): Statistical Annex of the 2010 Development Cooperation Report. Verfügbar im Internet [Stand: 12.03.2010]: www. oecd.org/document/9/0,3343,3n_2649_34447_1893129_1_1_1_1,00.html
- OECD Organisation for Economic Co-operation and Development (2010b): Net Official Development Assistance in 2009. Preliminary Data for 2009. Verfügbar im Internet [Stand 14.04.2010]: http://www.oecd.org/dataoecd/17/9/44981892.pdf
- OECD Organisation for Economic Co-operation and Development (2010c): "Donors' mixed aid performance for 2010 sparks concern." Verfügbar im Internet [Stand: 12.03.2010]: http://www.oecd.org/document/20/0,3343,en_2649_34447_44617556_1_1_1_37413,00.htm
- Palan, Ronan / Richard Murphy / Christian Chavagneux (2010): Tax Havens. How Globalization Really Works. Ithaca, New York: Cornell University Press.
- PAC PROGRAMA DE ACELARAÇÃO (2010): "Investimentos em Infraestrutura para o Desenvolvimento Econômico e Social." Verfügbar im Internet [Stand: 12.03.2010]: http://www.brasil.gov.br/pac/investimentos/

- Reuters (2009): "S. Africa's Eskom to Issue 12 Bln Rand Bonds this Year." Verfügbar im Internet [Stand: 12.03.2010]: http://www.reuters.com/article/idUSLN95766320090423
- Sarkozy, Nicolas (2010): "Discours de M. le président de la rèpublique. 40ème Forum économique mondial." (Rede). Verfügbar im Internet [Stand: 22.02.2010]: http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article4559
- Spiegel Online (2008): "Steinbrück stimmt Bürger auf harte Zeiten ein." Spiegel Online vom 16.09.2008. Verfügbar im Internet [Stand: 22.02.2010]: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,578556,00.html
- Social Watch Report (2009): Making Finances Work: People First. Montevideo: Institute del terra Mundo. Verfügbar im Internet [Stand: 18.12.2010]: http://www.socialwatch.org/sites/default/files/Social-Watch-Report-2009.pdf
- South African Reserve Bank (2009): Financial Stability Review September 2009. Verfügbar im Internet [Stand 14.03.2010]: http://www.reservebank.co.za/internet/Publication.nsf/LADV/FA6C8C BAE9480FBC422576620031962A/\$File/FSR+Sept+2009.pdf
- **Tagesschau (2008):** "Konjunkturprogramm in China: Die Werkbank der Welt im Abwärtssog." Verfügbar im Internet [Stand 14.03.2010]: http://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunkturprogramm134.html
- UNCTAD United Nations Conference on Trade and Development (2009a): The Global Economic Crisis: Systemic Failures and Multilateral Remedies. Report by the UNCTAD Secretariat Task Force on Systemic Issues and Economic Cooperation. Geneva. Verfügbar im Internet [Stand: 10.02.2010]: http://www.unctad.org/en/docs/gds20091_en.pdf
- UNCTAD United Nations Conference on Trade and Development (2009b): World Investment Report. Transnational Corporations, Agricultural Production, and Development. Geneva: UNCTAD. Verfügbar im Internet [Stand: 15. 02.2010]: http://www.unctad.org/en/docs/wir2009_en.pdf
- **UNCTAD United Nations Conference on Trade and Development (2009c):** *Trade and development Report, 2009.* New York and Geneva: UNCTAD. Verfügbar im Internet [Stand: 15. 02.2010]: http://www.unctad.org/en/docs/tdr2009_en.pdf
- UNCTAD United Nations Conference on Trade and Development (2010a): "Definitions: Foreign Direct Investment (FDI)." Verfügbar im Internet [Stand: 22.02.2010]: http://www.unctad.org/Templates/Page.asp?intItemID=%203146&lang=1
- UNCTAD United Nations Conference on Trade and Development (2010b): "Foreign Direct Investment Database." (Datenbank) Verfügbar im Internet [Stand: 22.02.2010]: http://stats.unctad.org/FDI/TableViewer/tableView.aspx?ReportId=3084
- UNCTAD United Nations Conference on Trade and Development (2010c): "Global Investment Trends Monitor No. 2", Verfügbar im Internet [Stand: 17.03.2010]: http://www.unctad.org/en/docs/webdiaeia20101_en.pdf
- **UNO (2009):** World Economic Situation and Prospects 2009. New York: UNO. Verfügbar im Internet [Stand: 22.02.2010]: http://www.un.org/esa/policy/wess/wesp2009files/wesp2009.pdf
- **UNO United Nations Organisation (2010):** *World Economic and Social Prospects 2010.* New York: United Nations. Verfügbar im Internet [Stand: 12.03.2010]: http://www.un.org/esa/policy/wess/wesp2010files/wesp2010.pdf
- **US Census Bureau (2010a):** "Table 1264. U.S. International Trade in Goods and Services: 2000 to 2008." Verfügbar im Internet [Stand: 12.03.2010]: http://www.census.gov/compendia/statab/2010/tables/10s1264.pdf
- US Census Bureau (2010b): "Table 651. Gross Domestic Product in Current and Chained (2000) Dollars: 1970 to 2008." Verfügbar im Internet [Stand: 12.03.2010]: http://www.census.gov/compendia/statab/2010/tables/10s0651.pdf
- **Wahl, Peter (2009):** Entwaffnet die Märkte! Der Finanzcrash Ursachen, Hintergründe, Alternativen. Hamburg: VSA.
- WAZ Westdeutsche Allgemeine Zeitung Mediengruppe (2008): "Deutsche Bank freut sich über Lebensmittelknappheit." Verfügbar im Internet [Stand 7.03.2010]: http://www.derwesten.de/nrz/politik/Deutsche-Bank-freut-sich-ueber-Lebensmittelknappheit-id1598072.html
- Weltbank (2009a): China Quarterly Update March 2009. Verfügbar im Internet [Stand: 15. 02.2010]: http://siteresources.worldbank.org/INTCHINA/Resources/3188621237238982080/CQU_March2009_fullreport.pdf
- Weltbank (2009b): China Quarterly Update November 2009. Verfügbar im Internet [Stand: 15. 02.2010]: http://siteresources.worldbank.org/INTCHINA/Resources/3188621237238982080/5923417 1257229995645/cqu_Oct_2009.pdf
- **Weltbank (2009c):** "Migration and Remittances Trends 2009." Verfügbar im Internet [Stand: 15. 02.2010]: http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934111031 5015165/MigrationAndDevelopmentBrief11.pdf
- Weltbank (2009d): Kenya Economic Update: Still Standing. Kenya's Slow Recovery from a Quadruple Shock. Verfügbar im Internet [Stand: 12.01.2010]: http://siteresources.worldbank.org/INT-KENYA/Resources/Kenya_Economic_Update_Dec_2009-full.pdf

Weltbank (2010a): Global Economic Prospects 2010. Crisis, Finance, and Growth. Washington, DC: Worldbank. Verfügbar im Internet [Stand:22.01.2010]: http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/EXTGBLPROSPECTS/0,,menuPK:615470~pagePK:64218926~piPK:64218953~theSitePK:612501,00.html

Weltbank (2010b): "World Development Indicators Database" (Datenbank). Verfügbar im Internet [Stand: 12.03.2010]:

http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/DATASTATISTICS/0,, contentMDK:20398986 ~menuPK:64133163 ~pagePK:64133150 ~piPK:64133175 ~theSitePK:239419,00.html

Weltbank (2010c): "Data Finder" (Datenbank). Verfügbar im Internet [Stand: 15. 02.2010]: http://datafinder.worldbank.org/exports-goods-services-gdp

Weltbank (2010d): "Nigeria Country Brief." Verfügbar im Internet [Stand: 15. 02.2010]: http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/AFRICAEXT/NIGERIAEXTN/0,,menu PK:368906~pagePK:141132~piPK:141107~theSitePK:368896,00.html

Yahoo (2010): "Yahoo Finanzen" (Datenbank). Verfügbar im Internet [Stand: 15. 02.2010]: http://de.finance.yahoo.com

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung

WEED wurde 1990 gegründet und ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation. Wir sind mit dem Ziel angetreten, in Deutschland über die Ursachen der weltweiten Armuts- und Umweltprobleme sowie über wirksame Reform- und Transformationsvorschläge aufzuklären. WEED engagiert sich in lokalen, nationalen und internationalen Kampagnen und Netzwerken. Wir führen Initiativen aus Nord und Süd zusammen.



Themenschwerpunkte:

- · Finanzkrise und Finanzmarktregulierung
- Konzernkritik/Wertschöpfungsketten
- · Internationale Handels- und Investitionspolitik
- Klima- und Ressourcengerechtigkeit

Die Instrumente unserer Arbeit:

- Wir erstellen Recherchen, Hintergrundmaterialien und Arbeitspapiere.
- · WEED führt Kampagnen durch, informiert politische Entscheidungsträger und interveniert in politische Entscheidungsprozesse.
- Wir wollen Bewusstsein schaffen durch die Veranstaltung von Seminaren, Workshops und Tagungen. Wir kooperieren intensiv mit Medien und betreiben Öffentlichkeitsarbeit.
- WEED arbeitet in nationalen und internationalen NRO-Netzwerken mit.

Schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an: WEED

Eldenaer Str. 60, D-10247 Berlin Tel.: +49 - (0)30 - 2758 - 2163 Fax: +49-(0)30-2759-6928 weed@weed-online.org www.weed-online.org

WEED bewegt - bewegen Sie WEED!

Unterstützen Sie die Arbeit von WEED und spenden Sie:

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00) Konto-Nr. 3220600 oder online spenden www.weed-online.org/about/spenden/index.html

Werden Sie Mitglied:

Einfach das Formular zum Beitritt unter www.weed-online.org/about/join.html ausfüllen.

NEUERSCHEINUNGEN

Arbeitsplätze – verraten und verkauft

Zur Empirie des Zusammenhangs von Freihandel und Beschäftigung.

Hrsg.: WEED & War on Want, 28 S., Berlin 2009

Deutsche Kurzfassung der Publikation: War on Want (Ed.): Trading Away Our Jobs. How free trade threatens employment around the world. London, 2009, Autoren: Graham Hobbs & Dave Tucker.

Mitarbeit/Text der deutschen Fassung: Wolfgang Pomrehn, Phil Hill (Übersetzung)

Liberalisierung schafft Arbeitsplätze - das ist eines der neoliberalen Standardargumente. Das Arbeitspapier zeigt anhand empirischer Daten das Gegenteil.

Aus dem Inhalt:

- Der "Freihandel": Weltweite Gefahr für die Beschäftigung
- Die Handelsliberalisierung in Afrika
- Die Handelsliberalisierung in Lateinamerika Chile, Brasilien, Mexiko
- Die Doha-Runde der WTO
- "Global Europe": Die neue Handelsstrategie der EU Die Handelsliberalisierung und Arbeitsplätze in Europa

Gute Arbeit unter Druck

Auswirkungen der EU-Freihandelspolitik auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen

Autorin: Christina Deckwirth Hrsg.: WEED/ver.di, 18 S., Berlin 2010



Die Publikation von WEED und ver.di veranschaulicht, wie sich die zunehmende Liberalisierung des Handels auf Arbeitsplätze und Beschäftigungsbedingungen weltweit auswirkt. Dabei werden die Liberalisierungsstrategien der EU in Bezug auf den Binnen- und den Weltmarkt erläutert sowie Alternativen aufgezeigt.

Aus dem Inhalt:

- Wirkung des "Freihandel" auf Arbeitsmärkte
- Liberalisierung in der EU: Die Lissabon-Strategie und Global Europe
- EuGH-Urteile zu Gewerkschafts- und Beschäftigungsrechten
- Liberalisierung weltweit: Bilaterale Freihandelsabkommen
- Gute Arbeit statt Standortkonkurrenz



ISBN: 978-3-937383-66-8